

WERKGESCHICHTE RENATE MAYNTZ

WERKGESCHICHTE RENATE MAYNTZ

Uta Gerhardt, Hans-Ulrich Derlien, Fritz Scharpf

Es mag ungewöhnlich sein, eine Festschrift mit einer Werkgeschichte zu beginnen. Aber andererseits scheint die gängige Praxis vieler Festschriften erst recht unbefriedigend, angesichts der Schwierigkeit, eine verlässliche Werkgeschichte zu schreiben, es gar nicht erst zu versuchen. Die hier vorgestellte Werkgeschichte ist ein Kompromiß. Sie ist sozusagen ein Mittelding zwischen jener objektiven Werkbiographie, die angesichts des andauernden, höchst aktiven Wissenschaftlerlebens noch nicht zu schreiben ist, und dem Verzicht auf jeglichen Versuch einer Überblicksdarstellung. Sie ist aus der Erinnerung der Beteiligten geschrieben, nicht unter Benutzung von Archiven und Sekundärliteratur, und bleibt in der Darstellung teilweise werkimmanent.

Diese Werkgeschichte stellt den Brückenschlag zwischen drei Werkphasen eines eindrucksvollen Wissenschaftlerlebens aus der Perspektive zeitweiliger Weggenossen aus einem weltweiten Netz von Diskussionspartnern, Mitstreitern und Mitarbeitern her und entwickelt dabei die Systematik des Generalthemas dieser Festschrift. Unser persönliches Verständnis soll den einzigartigen, fruchtbaren Beitrag Renate Mayntz' zur deutschen Soziologie und Politikwissenschaft seit fast vierzig Jahren würdigen. Wir hoffen, daß die Geehrte sich in der Werkgeschichte wiedererkennen oder zumindest wiederfinden kann.

I. ALLGEMEINE SOZIOLOGIE ALS EMPIRISCHE WISSENSCHAFT. ARBEITEN BIS ZUM ENDE DER 60ER JAHRE

Renate Mayntz wurde 1929 als Tochter eines Professors der Technischen Hochschule in Berlin geboren. Während der Zeit des Nationalsozialismus - auch des Zweiten Weltkriegs - wuchs sie in Berlin auf, und machte dort 1947 Abitur. Danach studierte sie Biologie am Wellesley College (USA) und erwarb 1950 den B.A. Mittlerweile war 1948 in Berlin die Freie Universität entstanden. Der Exodus mutiger Studenten von der Friedrich-Wilhelm-Universität und die Hilfe der amerikanischen Besatzungsbehörden - ihnen voran Militärgouverneur Lucius D. Clay - hatten in Dahlem (auf Gelände der amerikanischen Militärverwaltung) eine neue, politisch unbeeinflusste Universität möglich gemacht. An ihr studierte Mayntz nun Soziologie bei Otto Stammer, der die Zeit des Nationalsozialismus in der "inneren Emigration" als Betriebsleiter in der Industrie verbracht hatte. 1953 promovierte sie mit der Arbeit *Die moderne Familie*, und 1957 wurde sie habilitiert mit der Arbeit *Die soziale Organisation des Industriebetriebes* (Mayntz 1955a; 1958a).

Die Dissertation entstand auch im Diskussionsaustausch mit Gerhard Wurzbacher. Ab 1953 arbeiteten beide, Mayntz und Wurzbacher, am neugegründeten UNESCO-Institut für Sozialwissenschaften in Köln. In enger Verbindung zur Columbia University in New York trug das Kölner Institut - aufbauend auf den Arbeiten René Königs im Schweizer Exil und als Lehrstuhlinhaber für Soziologie an der Universität zu Köln seit 1949 - mit zahlreichen empirischen Studien über Probleme der Gemeinschaftsbildung und Integration des einzelnen in gesellschaftliche Gruppierungen zur erstarkenden Nachkriegssoziologie in der Bundesrepublik bei (König 1946; Wurzbacher 1951/1954; Baumert 1954). Mayntz wurde in rascher Abfolge in eine Anzahl Studien mit unterschiedlichen Themen einbezogen oder mit ihrer Leitung betraut (Wurzbacher 1954; Mayntz 1955b; 1958b; Mayntz und Perlmutter 1956). Nach kurzem arbeitete sie nicht mehr (nur) in bereits vorgeplanten Studien mit, sondern regte selbst empirische Großprojekte an oder führte sie selbständig durch. Ihre Themen reichten von der Nachkriegsentwicklung auf dem Land, u.a. Parteigruppierungen im ländlichen, später auch im großstädtischen Milieu, über Nationalitäts- und Berufsvorstellungen in verschiedenen Ländern (als Teil einer international vergleichenden Untersuchung) bis hin zur sozialen Schichtung und Mobilität innerhalb einer "Industriegemeinde" (Euskirchen). Die vier Jahre in Köln, bevor Mayntz zum Studium der Organisationssoziologie noch einmal für längere Zeit in die USA ging, waren der im Nachkriegsdeutschland für den Standort Köln sprichwörtlichen empirischen Sozialforschung gewidmet. Letztere bezweckte eine begrifflich und methodisch genaue Erfassung der tatsächlichen Lebenszusammenhänge, und zwar als Gegengewicht gegen seinerzeit aus dem Nationalsozialismus erhalten gebliebene oder in der Zeit danach neu entstandene Mythen über das Soziale. Diese sollten durch empirisch nachgeprüfte Annahmen und Befunde ersetzt werden, so daß sich die Soziologie auf Gesellschaftstatsachen stützen, anstatt nach Ideologien richten konnte und sollte.

Die für Deutschland neue Forschungsrichtung, so schrieb der Direktor des UNESCO-Instituts, Nels Anderson, im Vorwort zu *Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung*

"liegt in der Betonung, die in dieser Arbeit auf die Integration des Einzelnen in die Familie, die Nachbarschaft und andere soziale Gruppen und Institutionen sowie auf die wechselseitige Integration dieser Gruppen und Institutionen zu dem sozialen Gebilde einer Gemeinde gelegt worden ist" (Wurzbacher 1954, V).

Damit war der soziale Wandel angesprochen, der sich nach 1945 in zweierlei Hinsicht vollzog. Erstens war die Redemokratisierung Deutschlands als politisches Gemeinwesen explizites Ziel der Politik der Besatzungsmächte USA-England-Frankreich bis 1949 und danach der Integration der Bundesrepublik Deutschland in die gesellschaftsübergreifenden Zusammenschlüsse Montanunion, Westeuropäische Union, Nordatlantikpakt und Europäische Gemeinschaft. Zweitens war ein Demokratisierungsziel, das seit 1945 als sozialer Wandel durch gesellschaftspolitische Förderung nachdrücklich unterstützt wurde, daß freiwillig eine Integration der einzelnen in die nachfaschistische

marktwirtschaftliche Industriegesellschaft gelang. Dadurch sollte die erzwungene Einbindung der einzelnen in die autoritären Gebilde der Gesellschaft überwunden oder ersetzt werden, die bis 1945 vorgeherrscht hatte und danach allmählich in Richtung Partnerschaft und Selbstbestimmung abgelöst wurde (Gerhardt und Mochmann 1992).

Das von Wurzbacher und Mayntz ausgewertete erste Forschungsvorhaben des UNESCO-Instituts stellte sich als Aufgabe, den Zusammenhang zwischen Integration und Differenzierung der Bevölkerung "an Hand vergleichender Gemeindestudien" zu klären (Wurzbacher 1954, 1). Mayntz steuerte einen historischen Aufriß des sozialen Wandels bei, den die aus 45 Dörfern bestehende Westerwaldgemeinde vom Kleinbauern- zum Pendlerort durchgemacht hatte, eine Beschreibung der zugleich verminderten und verstärkten Bindung an die Kirche und schließlich ein Kapitel über "Politische Führung und politische Beteiligung als Ausdruck gemeindlicher Selbstgestaltung". Daß der soziale Wandel, der untersucht wurde, dasselbe bedeutete wie Demokratisierungsvorgänge im Nachkriegsdeutschland - also letztlich gelingende oder mißlingende Überwindung totalitärer Strukturen -, war Mayntz bewußt. Sie schrieb über die Kirchen:

"Eine genauere, etwa sogar quantitative Feststellung einer *Änderung* der kirchlichen Bindung und Beteiligung der Bevölkerung ist aus dem vorhandenen Material nicht zu gewinnen...Man kann hier die These aufstellen, daß im Laufe der sozialen Entwicklung die unreflektierte, traditionelle Bindung an die Kirche als eine Institution der Gemeinde zurückgeht, daß dafür aber eine Gruppe von Personen anwächst, die aus bewußter Überlegung heraus den Weg zum Christentum suchen und finden. Wie weit hier die Erfahrungen des letzten Krieges, vor allem auch das Erlebnis des Beherrschtseins von einem totalitären Staat eine Rolle spielen, läßt sich bis zur Durchführung weiterer Untersuchungen nur vermuten" (1954, 230).

Das Thema der gemeindlichen Selbstgestaltung im Rahmen lokaler Parteigruppierungen und ihrer Vertretung und Politik in Stadt- und Gemeinderat griff Mayntz zweimal auf; ein Aufsatz behandelte die Problematik für die kleine Gemeinde (1955b), eine Monographie jene für die Großstadt (1959). Ihre These war, daß sozial aktive Personen in Gemeinden, jedoch nicht Städten, in die politischen Gremien gewählt werden; denn in den Landgemeinden bestehen Gemeinschaftsbezüge, die die politischen Parteien teilweise 'draußenhalten', während "in Stadtgemeinden mit Menschenmassen, die sich untereinander nicht kennen,... das Selektionsprinzip nach mehr oder weniger parteipolitischen Gesichtspunkten...situationsgerechter...als in Landgemeinden" ist (1955b, 70).

Die als "Euskirchen-Studie" für die empirische Sozialforschung der Bundesrepublik richtungweisende Arbeit *Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde* (1958b) entsprang dem Wunsch der Stadtväter, 1952 anläßlich des 650-jährigen Bestehens eine besondere Stadtgeschichte in Auftrag zu geben (durch Zusammenarbeit mit dem UNESCO-Institut). Mayntz, ab 1954 selbständig für die Studie verantwortlich, gestaltete sie analog zu den großen Gemeindestudien in den USA - z.B. der Yankee-City-Untersuchung -, die zu bahnbrechenden Erkenntnissen über soziale Schichtung geführt hatten (Warner und Lunt 1941; Warner, Meeker und Eells 1949).

Dabei knüpfte sie an zwei Stränge der Schichtungsdiskussion an: Erstens nahm sie die These der relativen Nivellierung vormaliger Klassengegensätze auf, die Theodor Geiger am Ende der vierziger Jahre dargelegt hatte (Geiger 1949). Zweitens griff sie auf die Vertikaldimension des Berufsprestige als einer meßbaren Größe der gesellschaftlichen Schichtung zurück, die seit den frühen fünfziger Jahren in den angelsächsischen Ländern und ebenfalls in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland empirisch gefunden worden war (Hatt 1950; Inkeles und Rossi 1956; Scheuch und Rueschemeyer 1956).

Darüber hinaus nahm sie unter dem Stichwort "sozialer Wandel" das Thema Berufsmobilität auf, das bisher in der veröffentlichten Forschung nicht zusammen mit dem Thema "Schichtung" behandelt worden war (offenbar bildete Karl Martin Boltes noch unveröffentlichte Habilitationsschrift eine gewisse Ausnahme). Mayntz stützte sich ausdrücklich auf die damals neuesten Arbeiten aus der angelsächsischen Soziologie, die 1954 und 1956 anlässlich des zweiten und dritten *World Congress of Sociology* vorgestellt worden waren. Diese Überlegungen waren seinerzeit im Anfangsstadium einer erfolgreichen Weiterentwicklung bis in die siebziger Jahre oder bis heute, wobei durch die Arbeiten des Sonderforschungsbereichs 3 der Deutschen Forschungsgemeinschaft "Mikrosoziologische Grundlagen der Gesellschaftsanalyse" nunmehr Generations-, Perioden- und Kohorteneffekte der Mobilität unterschieden werden (Handl, Mayer und Müller 1977; Mayer 1990; Gerhardt 1992). Die Thematik - so kann man sagen - wurde in Mayntz' Untersuchung vorweggenommen; sie untersuchte intra- und intergenerationale Berufsgruppenmobilität in bezug auf Schulbildung und Heiraten, und sie ermittelte auch die Verteilung der subjektiven Einstellung zur eigenen Berufs- und zur innerfamiliären Heiratsmobilität. Daran schloß sich ein Kapitel über "Teilnahme und Einfluß im Sozialleben Euskirchens" an, das die Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden und die Selbstverwaltung als Zentrum gemeindegestaltender Aktivität analysierte.

Mit dem Buch setzte Mayntz einen Höhepunkt detailgenauer und zugleich theoretisch durchdachter Sozialforschung. Aber die Studie wurde seinerzeit wenig als Meilenstein soziologischer Gesellschaftsanalyse gewürdigt. Denn im Jahr 1958 kündigte sich der Umschwung des Selbstverständnisses der Soziologie an, der in den sechziger Jahren politische Radikalisierung begünstigte. Auslöser waren zwei Publikationen Ralf Dahrendorfs, die aus dem überwältigenden Eindruck hervorgingen, den ihm die amerikanische Gesellschaft und Soziologie anlässlich eines Studienaufenthaltes am Center for Advanced Studies der Stanford-Universität machten. "Out of Utopia" war eine Persiflage auf das Erkenntnisinteresse Talcott Parsons', dessen *Social System* in den fünfziger Jahren weltweit für die Gesellschaftstheorie verbindlich war. Dahrendorf unterstellte Parsons - ähnlich Theodor W. Adorno (1954) - Unfähigkeit zur Erfassung sozialer Dynamik, mithin implizite Legitimierung stabiler Diktaturen bzw. Unterstützung des *status quo* einer tendentiell faschistischen Gesellschaftsformation. *Homo Sociologicus* war demgegenüber eine mild ironische Veranschaulichung der Grenzen soziologischen Strukturdenkens, wobei die Leerformel des "eigentlichen" Ich - anhand des in Robert Musils Roman *Der Mann ohne Eigenschaften* (1942) postulierten "zehnten Charakters"

- eine Art Leitlinie des Arguments bildete (Dahrendorf 1958a; 1958b).

In der "Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie" wurde in den Jahren 1958-1961 eine lebhafte Debatte über den Konservatismusvorwurf gegen die Systemtheorie und gleichzeitig die Surveyforschung als Prototyp der neueren empirischen Sozialforschung geführt (Adorno 1959; Dahrendorf 1959; 1960). An dieser Debatte beteiligte sich Mayntz mit einem Essay in dem statt Festschrift zum sechzigsten Geburtstag Stammers gestalteten Heft. Sie setzte sich mit dem Verdikt des Konservatismus auseinander, das gegen jene Soziologie erhoben wurde, deren Vertreter Mayntz durch ihre eindrucksvolle Serie empirischer Arbeiten in den gerade vergangenen fünfziger Jahren geworden war. Unter dem Titel "Soziologie in der Eremitage?" verteidigte sie auf der einen Seite den Anspruch der Forschung, Wirklichkeit zu erkennen, durch Max Webers Bestimmung, daß das Postulat der Werturteilsfreiheit dem Postulat des Pluralismus "letzter" kultureller Wertstandpunkte nicht widersprach:

"Je besser sich Gültigkeit und Zuverlässigkeit empirischer Ergebnisse beweisen lassen, umso weniger muß der Forscher seine Wissenschaftlichkeit durch demonstrative Neutralität glaubhaft machen" (1961a, 117).

Zugleich nahm sie die Kritik an der empirischen Sozialforschung ernst, die beispielsweise C. Wright Mills' *Sociological Imagination* (1959) übte, wandte aber dagegen ein:

"Der Soziologe, der wertfrei analysieren, seine Themen aber wertbezogen wählen und seine Erkenntnisse wertbezogen beurteilen will, steht damit in der geistigen Spannung zwischen den Polen des Wertatomismus und des Wertmonismus und stellt sich zu diesen beiden Extremhaltungen gleichermaßen in Gegensatz. Die gemeinsame Wurzel der wertfreien Analyse und des bewußten Engagements liegt im Wertpluralismus" (1961a, 123).

Immerhin leistete ihr Bekenntnis zum Wertpluralismus, daß Mayntz nunmehr ihrerseits aus der Eremitenklause heraustrat, um sich darüber klarzuwerden, welchen Standpunkt sie gegenüber der vorherrschenden und in die Kritik geratenen strukturell-funktionalen Theorie der Sozialsysteme einnahm. Zwei begriffskritische Arbeiten dazu - über den Schichtbegriff (1961b) und über das Gleichgewichtskonzept des Systemmodells (1962, veröffentlicht 1964) - waren Auftakt zu weiteren theoretischen Standortbestimmungen und Standpunktklärungen während der sechziger Jahre. In "Kritische Bemerkungen zur funktionalistischen Schichtungstheorie" (1961b) bemängelte sie, daß diese selbst den Kriterien funktionalistischer Gesellschaftsanalyse nicht entsprach; denn sie versäume es, den Zielzustand des Sozialsystems zu bestimmen, in bezug auf welchen eine vertikale Belohnungs-Bedeutungs-Gliederung gesellschaftlicher Positionen allererst behauptet werden könne. Dagegen setzte sie - mit Blick auf Dahrendorfs Traktat über den Ursprung der Ungleichheit (1961) - ein Modell der Herrschaftsstruktur, die der ungleichen Belohnungsverteilung vorausgehe, anstatt aus ihr zu entstehen. Sie schrieb:

"Danach würde sich die herrschende Gruppe, die die im eigenen Verhalten ausgedrückten Werte als allgemeinverbindlich setzt, selbst die entsprechend hohen Belohnungen zuteilen. Soweit sie nicht erreicht, daß diese Werte allgemein akzeptiert werden, kann sie dabei nicht mit Zustimmung rechnen, sondern muß sich die Belohnungen kraft ihrer

Macht nehmen oder vorbehalten. Der Bezug auf die zentralen Werte dient dann nicht mehr der Erklärung der ungleichen Belohnungen, sondern ihrer Legitimierung" (1961b, 24f.).

Eine Kritik an den "unproven assumptions of traditional functionalism about the nature of the social system" beabsichtigte auch der Vortrag anlässlich des fünften *World Congress of Sociology* in Washington 1962, der über "The Use of the Equilibrium Concept in Social Systems Analysis" handelte (1964a, 153). Mayntz unterschied zwischen konstantem und homöostatischem Gleichgewicht als den Zielzuständen des Systems; diese konnten ihrerseits so konzipiert sein, daß entweder Wandel "von innen" denkbar war oder nur Wandel durch Einwirkung äußerer Einflüsse - letzteres bezog sich auf den gegen Parsons seinerzeit üblichen Vorwurf, den Mayntz jedoch nicht teilte (was aus ihrer Darstellung des Parsons-Ansatzes hervorgeht). Über Parsons und den traditionellen Funktionalismus wies sie jedoch hinaus, indem sie das *kybernetische* Verständnis - mit Bezugstypus homöostatisches Gleichgewicht - zur Lösung der zeitgenössischen Probleme angemessenen Systemdenkens erhob. In der Formalisierung differenzierter Modelle des dynamischen Ablaufs sah sie eine Grundlage für ein Gesellschaftsdenken, das einerseits auf der Theorieebene logisch nachvollziehbar, andererseits auf der Empirieebene durch Sozialforschung überprüfbar war. In diesem Sinne trug sie zu Helmar Franks Anthologie *Kybernetische Maschinen* (1965) eine Skizze über die Anwendung der Kybernetik in der Soziologie bei. Sie pries neue Verfahren der Datenauswertung in der empirischen Sozialforschung - so die Faktorenanalyse - als Dynamisierung des multivariaten Designs im Rahmen systemtheoretisch postulierter Gesellschaftsvorstellungen. Nunmehr schien das Problem lösbar, wie komplexe Muster vernetzter Variablen systematisch erfaßt werden konnten. Sie erläuterte dazu:

"Hat man also eine Korrelationsmatrix von n Variablen vorliegen, dann stellt man bei der Faktorenanalyse etwa folgende Fragen: Können die in der Matrix festgestellten Beziehungen ohne Verfälschung des Tatbestandes und ohne Verlust an Information auch mittels einer kleineren Zahl r von unter Umständen in der Untersuchung gar nicht direkt erfaßten, also hypothetischen Variablen dargestellt werden? Kann man diese $r < n$ Variablen so interpretieren, daß sie die wesentlichen Dimensionen im Untersuchungsfeld darstellen, die n beobachteten Variablen dagegen als (gewichtete) Kombinationen dieser r Faktoren erscheinen? Und schließlich: Sind die ermittelten wesentlichen Dimensionen oder Faktoren voneinander unabhängig oder nicht bzw. wieweit ist das der Fall?" (1965a, 380)¹

Einen theoriegeschichtlich verankerten Gegenpol gegen diese Parteinahme für hypothetisch-deduktiv abgesicherten Empirismus lieferte der Aufsatz über das Verhältnis der Organisationssoziologie zu Webers idealtypischer Bürokratiekonzeption (1965b). Mayntz wies der Organisationssoziologie nach, daß deren Weber-Kritik zwei Mißverständnissen erlag. *Erstens* beruhte sie auf der falschen Annahme, daß Webers Bürokratietheorie und die Organisationssoziologie begriffshistorisch kompatibel wären,

1 Siehe auch als Schritt, die Tragweite des kybernetischen Denkens auszuleuchten, Mayntz' 1967 herausgegebenes Buch *Formalisierte Modelle in der Soziologie*, dessen Einleitung sich auf das Interesse am Thema beruft, das der Studienaufenthalt in den USA 1958-59 wachgerufen hatte (1967a, 5).

wohingegen Weber bewußt die systemtheoretischen (organizistischen) Ansätze seiner Zeitgenossen abgelehnt hatte, die moderne Organisationstheorie seit den fünfziger Jahren jedoch explizit systemtheoretisch dachte: "Ihre analytischen Kategorien sind die der strukturell-funktionalen Theorie, abgewandelt und ergänzt durch Gedankengut aus der Kybernetik und allgemeinen Systemtheorie" (1965b, 494). *Zweitens* ging es Weber um ein dynamisches Spannungsverhältnis zwischen Herrschaft und Verwaltung, politischer Staatsgewalt und administrativer Alltagspraxis im historisch vergleichenden Aufriß, während die Organisationssoziologie an den formalen Prozeßvorgängen in einzelnen Bürokratien als Systemen vernetzter zielorientierter Aktivitäten interessiert war. Allerdings plädierte Mayntz für den Standpunkt des "Wertpluralisten Weber" (1965b, 499), d.h. eine "Verbindung der organisatorischen mit der gesamtgesellschaftlichen Betrachtungsebene" (500), die sie abschließend bejahte, damit beispielsweise "die Rehabilitationsleistung von Gefängnissen,...die Schlagkraft einer Armee, die politisch aktivierende Leistung einer Partei" angemessen untersucht werden konnten.

In den folgenden Jahren wandte sie sich dem Leistungswert anderer soziologischer Klassiker zu. 1968 erschien ihr Aufriß des Denkansatzes Georg Simmels als Stichwortartikel in der *Encyclopedia of the Social Sciences* (wobei ihre Arbeit anstatt jener Kurt H. Wolffs, die dieser später in einer seiner Aufsatzsammlungen veröffentlichte, aufgenommen wurde). 1969 erschien ihre Auswahl der Schriften Theodor Geigers in der Serie "Heritage of Sociology" (Chicago University Press). Die Gesichtspunkte, unter denen Mayntz Geigers Theorie(n) in einem Einleitungsaufsatz bewertete, stellten das Engagement und auch das Dilemma des Soziologen in einer modernen Gesellschaft heraus, die politisch durch den Nationalsozialismus bedroht und verändert (worden) war. Sie zeichnete drei Stufen des Geiger'schen Arguments durch Exzerpte aus den Werken nach: Erstens die Rechtssoziologie, die sich gegen eine gesellschaftlich-politische Überfremdung rechtlicher Normen wandte, zweitens die Theorie der Massengesellschaft als moderner durchbürokratisierter Organisationswelt, und diese verbindend - drittens - die Lehre von Ideologie und Wahrheit als Standortbestimmung der Intellektuellen in der Gesellschaft. Dabei formulierte Mayntz, indem sie Geigers Position gegenüber Karl Mannheim abhob, eine Antwort auf die 1968 weithin debattierte Problematik, ob und inwiefern Positivismus angesichts des nachfaschistischen Erbes in der Soziologie unhaltbar sei. Daran erinnernd, daß Mannheim Ideologie - auch faschistisches Denken - als perspektivisch bestimmt hatte, schrieb sie:

"If the existential determination of cognition holds universally, as the concept of total ideology implies, the best that can be achieved by following Mannheim's strategy is to clarify the exact boundaries of our blind spots without being able to eliminate them. The crucial question is therefore whether it is actually possible to escape from the existential determination of cognition, and this Geiger affirms by pointing to the objectivity of scientific method...By defining empiricial sociology as *conceptually structured* quantitative investigation of social phenomena, Geiger explicitly rejected a theoretically uninformed empiricism. He repeatedly stressed the importance of conceptual analysis as a means to develop clear concepts which provide the frame of reference necessary to guide and structure an investigation...He advocated reforms in the organization and curriculum of the existing institutions of adult education. But his views implied a reformist rather than a revolutionary attitude, and he stressed the adaptive and

integrative function of education" (1969a, 127f., 4f.).

Auf der Linie der Organisationsgesellschaft, die Geiger für die Moderne in den Mittelpunkt stellte, lag Mayntz' eigener Arbeitsbereich seit ihrem Studienaufenthalt in den USA 1958-1959. Mit einer Fellowship der Rockefeller-Foundation hatte sie Organisationssoziologie "erlernt", und 1959-1960 schloß sich daran ein Aufenthalt als Visiting Assistant Professor der Columbia University an, wo Robert Merton sowohl einen empirisch aufgeschlossenen Strukturfunktionalismus als Erklärungsansatz der mittleren Reichweite als auch eine psychologische Orientierungen und Berufsanalysen einbeziehende Bürokratiesoziologie vertrat (Merton et al. 1952; Merton 1957). Seit ihrer Rückkehr an die Freie Universität danach widmete Mayntz sich immer wieder den Themen Organisation, Bürokratie und Verwaltung; in den frühen siebziger Jahren lag darin das Gebiet ihrer Professur an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Der organisationssoziologische Ansatz, den sie zunächst mit ihrem Taschenbuch (rowohlts deutsche enzyklopädie) vorlegte und in Deutschland populär machte, setzte die historisch beispiellose Entwicklung bürokratischer und anderer Organisationen voraus und fragte nach ihren Gemeinsam- und Ähnlichkeiten. Als theoretische Grundlage organisationssoziologischer Analyse galt das Systemdenken, allerdings in einer vergleichsweise hermetischen Variante, nämlich angelehnt an die Maschinenmetapher der Kybernetik. Die Sichtweise, der die Organisationssoziologie folgen sollte, wurde also jenseits materialer Aspekte individuell gestalteter Wirklichkeit angesiedelt; ausschlaggebend war das *Formale* der Organisation. Paradigmatisch zeigte dies der Anfangspassus eines mit "Integration" überschriebenen Teilkapitels:

"Besonders wenn man sich an organischen Systemvorstellungen orientiert, könnte man leicht meinen, daß ein soziales System sich durch starke Integration und harmonische Kooperation auszeichnet. Nichts wäre falscher. Das soziale System setzt allerdings, wenn es nicht zerfallen soll, einen gewissen Zusammenhalt zwischen seinen Teilen voraus. Diesem notwendigen Minimum an Integration dient nicht nur die Kooperation, sondern auch der Zwang; so kann auch das einzelne Mitglied das, was es tun soll, entweder freiwillig oder gezwungenermaßen tun. Wieweit eine Organisation aufgrund freundschaftlicher Solidarität und wieweit sie aufgrund einer antagonistischen Verklammerung ihrer Teile zusammenhält, hängt von vielen Faktoren ab (u.a. von ihrem Ziel) und kann überaus verschieden sein; man vergleiche in Gedanken nur ein KZ oder die preußische Armee früherer Zeit mit einer demokratischen Partei oder einer Universität" (1963, 47).

Ziele, Struktur, Mitglieder wurden als Bezugspunkt organisationssoziologischer Betrachtung abgehandelt. Das einzige Zugeständnis an die Realität tatsächlich beobachtbarer Vorgänge - vor dem Hintergrund universal-formaler Rationalität als verbindlicher Begriffsperspektive der soziologischen Organisationsanalyse - war der Hinweis auf "unvorhergesehene Folgen"; dabei berief sich Mayntz sowohl auf Mertons Aufsatz aus dem Jahre 1936 als auch auf jenen über "self-fulfilling prophecy", den Merton 1947 als Kritik am Vorurteil gegen Juden und andere Minoritäten geschrieben hatte (1963, 144).

Für den Leser der sechziger Jahre ebenso wie den heutigen blieb und bleibt die Frage unbeantwortet, ob Mayntz' Buch die Ansätze der angelsächsischen Autoren lediglich darstellen wollte, deren Denken den seinerzeit in Deutschland bereits diskutierten Verdacht vielfach bestätigte, daß Positivismus politisch naiv oder autoritär sein konnte, oder ob sie selbst die gezeigten Standpunkte einnahm und die dargelegten Aussagen unterstützte. Andere Arbeiten der Jahre 1963/1964 lassen die Interpretation zu, daß Mayntz durchaus Zweifel am wissenschaftlichen Leistungswert organisationssoziologischer Setzungen hegte.

Für den Tagungsband des Soziologentages anlässlich des hundertsten Geburtstags Max Webers (1964) referierte sie einleitend im Protokoll der Sektionssitzung das im Aufsatz in der *Kölner Zeitschrift* ausgeführte Argument, daß Webers Bürokratiebegriff in der Organisationssoziologie mißverstanden wurde, aber zum Thema "Rationalität" sagte sie nichts - obwohl das Rahmenthema "Bürokratie und Rationalität in Organisationen" dazu Raum gegeben hätte (Mayntz 1965c). Ein ambivalentes Verhältnis zum "unsoziologischen" Modelldenken der seinerzeitigen Organisationssoziologie zeigte sie aber in einigen Passagen der Literaturübersicht "The Study of Organizations", die im gleichen Jahr in *Current Sociology* erschien. Sie ging breiter als im rde-Buch auf die Theorieansätze ein, die sie gegeneinanderhielt, um schließlich daraus ein präskriptives Organisationskonzept abzuleiten; daran schloß sich eine aufzählende Darstellung empirischer Forschungsarbeiten an. Zweifel am Anspruch und Wert der neuen Bindestrichsoziologie äußerte sie in Teil III ("Present Problems and Future Developments"). Als Problempunkte nannte sie: (1) *Ahistorizität* des auf nominale Definitionen gegründeten und nach Effizienzgesichtspunkten als Rationalitätskriterien konstruierten Organisationssystemmodells, (2) Gefahr einer *Reifikation* derartiger Setzungen, wobei der dritte Kritikpunkt sich darin bereits anzeigte, nämlich (3) Zweifel an der *Relevanz* der ermittelten Einsichten. Die eigene kritische Position, die sich in diesen Einwänden andeutete, führte Mayntz zunächst nicht aus, sondern schlug einen versöhnlichen Ton an, indem sie anmerkte, daß künftige Großforschung auch für das Theorieproblem Lösungen erwarten ließ. Sie schrieb:

"The totally non-sociological and non-empirical modern model of rationality is therefore but a brief interlude in the development of a prescriptive theory which is empirically based" (1964b, 116).

In der Einleitung zum 1968 herausgegebenen Reader *Bürokratische Organisation* teilte sie dann die Bürokraqueliteratur in zwei Lager; auf der einen Seite stand die historisch-politologische Sicht, bei der die bürokratische Organisation "normativ als im Widerspruch zu demokratischen Idealen stehend empfunden" wurde, und auf der anderen Seite stand die organisationssoziologische Sicht, die je nach Herrschaftsvoraussetzungen in einem Gesellschaftszusammenhang jeweils wahrnahm, inwiefern "die Zweckmäßigkeit bürokratischer Organisationen als durchaus begrenzt" anzusehen war. Daß Mayntz - bis dato inexplizit - in den Jahren 1967-1968 an einem eigenständigen

gen Standpunkt jenseits der Systemlehre arbeitete, verriet ihr Hinweis zu Demokratie und Bürokratie am Ende der Einleitung zu der von ihr zusammengestellten Textsammlung; sie sagte dort:

"Zwar gibt es viele Texte, die den einen oder anderen Teilaspekt dieses Themas aufgreifen, z.B. im Umkreis der Mitbestimmungsliteratur im Hinblick auf industrielle Organisationen oder aus mehr politologischer oder verwaltungssoziologischer Sicht als Frage nach den Möglichkeiten demokratischer Kontrolle über die Verwaltungsbürokratie. Dagegen ließ sich kein zum Abdruck geeigneter Beitrag finden, der diese verschiedenen Aspekte des Themas Bürokratie und Demokratie zusammenfaßt und dabei die gesamtgesellschaftliche mit der organisationsinternen Perspektive kombiniert" (1968b, 23).

Im Wintersemester 1967/1968 veranstaltete sie ein Forschungsseminar zum Thema "Soziale Differenzierung, Persönlichkeitsdifferenzierung und das Problem der Rollendistanz". Es schlug sich zwei Jahre später in einem Aufsatz über "Role Distance, Role Identification, and Amoral Role Behavior" nieder (1970a). Diese wenig bekannte Arbeit enthielt nunmehr Mayntz' eigenen, im Laufe der sechziger Jahre entwickelten Ansatz einer nicht bloß zur Abbildung formaler Systemstrukturen und ihrer Dynamiken verwandten Organisationssoziologie. Sie ging von Goffmans Begriff der Rollendistanz aus, den sie (mit Präzisierungen) als Komplement des Begriffs Rollenidentifikation erwies; dabei war Vorannahme, daß das Verhältnis beider *soziologisch* zu erfassen war, anstatt wie üblicherweise *psychologisch* oder *psychoanalytisch*. Diese soziologische Betrachtung - mit Blick auf Durkheims *conscience collective* und Simmels Dialektik des Verhältnisses zwischen Individualität und "Ausdehnung" einer Gruppe oder Gesellschaft - führte hin zum Konzept amoralischen Rollenverhaltens. Sie erläuterte es folgendermaßen:

"Though not a familiar sociological term, the phenomenon has already been referred to by classical authors. Georg Simmel, for one, described it where he speaks about the secret society and the loss of personal responsibility behind the mask, or again where he comments more generally on the group member's liberation from personal responsibility. Behind the mask or similarly as representative of a group, Simmel argues, the individual will unfeelingly commit deeds which he would not dream of doing on his own initiative and which he might even abhor. Amoral role behavior has also been described by Max Weber in his characterization of the ideal-type official in a bureaucratic organization who executes *sine ira et studio* the orders of his superiors irrespective of whether these orders agree with his own convictions or not...It is therefore primarily the abrogation of *moral* evaluation which defines the amoral role player. This abrogation makes of him the most flexible and least resisting instrument. One might even say that role amorality is one of the most powerful mechanisms to set free human energy for application to a wide variety of tasks, unshackled by ties to individual motives. In principle, amoral role behavior has equal potentialities for being either good or bad. If it is expected of him, the amoral role player may as well devote his energy conscientiously to caritative duties which he would not have been spontaneously motivated to fulfill, as he may help in the extermination of Jews in a concentration camp without harbouring any feelings of personal hostility against them" (1970a, 371f.).

In der ersten Hälfte der sechziger Jahre hatte Hannah Arendts *Eichmann in Jerusalem* (1963) - der Essay über die Banalität des Bösen, das anlässlich des Prozesses gegen

Eichmann (1960-1962) noch einmal weltweit in den Schlagzeilen stand - die Studentengeneration der 1940-1945 Geborenen und auch die jungen Assistenten und Professoren beschäftigt, die die Nazi-Zeit als Herausforderung an ihr soziologisches Denken auffaßten. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre verarbeitete Hans Peter Dreitzel Erkenntnisse über Leiden und Leben in den Konzentrationslagern in seine Studie über Rollenpathologie (Dreitzel 1968). Mayntz nahm diese Diskussion in ihrem Aufsatz auf, indem sie Rollenamoralität als naheliegende Erscheinung bei Bürokratien deutete, d.h. formale Organisation als solche galt sozusagen als soziologischer Bedingungskontext für rollenamoralische Einstellungen. Sie nannte erstens die geringe Attraktivität untergeordneter Positionen in formalbürokratischen Organisationen als Grund für diesen Zusammenhang; angesichts flexibilitätsaverser Arbeitsroutine und geistloser Arbeitsinhalte mußte Rollenidentifikation bei solchen Rollen per se pathologisch anmuten. Zweitens verwies sie auf das Herrschaftsprinzip der legalen Legitimität, das auf Gehorsam ausgerichtet war, so daß sogenannter Kadavergehorsam grundsätzlich nicht den Rahmen sprengte. Sie bezog sich noch einmal auf Weber (und kritisierte wohl implizit Parsons), als sie die Problematik genormter *Unpersönlichkeit* von Rollenbeziehungen folgendermaßen ansprach:

"The bureaucratic official, for instance, is expected to *treat* clients irrespective of his personal feelings of like or dislike for them, but he is not asked to stop *having* such feelings altogether. An attitude of impersonality can develop nevertheless, not only by way of gradual adaptation of one's spontaneous reactions to the kind of behavior expected, but more importantly in direct response to the functional specificity of interaction. Both of these preconditions of an impersonal attitude, explicit norms of impersonal behavior and functionally specific relationships, are typical of formalized positional roles" (1970a, 377).

Drittens konnten Persönlichkeiten in einer Kultur eine Tendenz zu vorherrschend formalen Organisationsformen und bis ins Unmoralische hineinreichenden Unpersönlichkeitsauffassungen begünstigen. Mayntz deutete abschließend an, daß eine nationale Kultur wie die deutsche, zu formalen Kategorisierungen im zwischenmenschlichen Umgang neigend, vor allem während der Zeit der Diktatur 1933-1945 wenig Anreiz für Herrschaftsträger bot, sich nach den Bedürfnissen der Beherrschten zu richten. Damals, so ihr Schlußsatz, ein vielsagendes Zitat, förderte bzw. bewirkte das staatlich-politische Regime psychologische Haltungen der universalisierbaren Rollenamoralität.

Interesse am Demokratiethema und auch die - zunächst gemäßigte - Kritik an der systemtheoretisch-formalistischen Organisationssoziologie zeigten Mayntz als Zeitgenossin der sechziger Jahre. Seit sie 1965 ein Ordinariat für Soziologie an der Freien Universität Berlin übernommen hatte, war sie durch diskussionsinteressierte Studenten an den Debatten über den Gegensatz von Demokratie und Bürokratie beteiligt worden, die in den ersten Jahren der "Studentenbewegung" eine bisher wenig beachtete Seite des Nationalsozialismus herausstellten. Ein wissenschaftliches Verständnis des Faschismus gehörte zu den Forderungen der Studentenschaft, die die "Studentenrevolte" 1965 auslösten. Als der Journalist Erich Kuby am 8. Mai 1965 eine Rede anlässlich der zwanzigsten Wiederkehr der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands (in der er vor

Anti-Amerikanismus und Anti-Kommunismus warnte) nicht im Auditorium Maximum halten durfte (obwohl er diese Rede im nahegelegenen Evangelischen Gemeindehaus hielt), löste dies in der Tagespresse vorgetragene bittere Vorwürfe der Studenten gegen die Universität aus; dies war der Beginn der Berliner Universitätsproteste. 1966 veranstaltete die Freie Universität ihre jährlichen Universitätstage unter dem Thema *Nationalsozialismus und die deutsche Universität*. Erst ab 1967, als ein Germanistikstudent durch einen Polizisten in Zivil mit Kopfschuß während einer Demonstration in der Nähe der Deutschen Oper getötet worden war, wurde der Bruch zwischen Studenten und Dozenten endgültig, und gegenseitige Sympathien wurden erschwert oder fast unmöglich, während sie vorher erleichtert hatten, daß beide Seiten voneinander lernten - woran, wenngleich aus der Distanz des jungen Professors, Mayntz teilnahm.

Sie fand in dieser Zeit neue Funktionen und Arbeitsgebiete. 1966 wurde sie Mitglied des *Deutschen Bildungsrates*, einer durch die Bundesregierung der Großen Koalition eingesetzten Expertenrunde, deren Ziel war, das Bildungswesen der Bundesrepublik auf der Grundlage fortschrittlich wissenschaftlicher (Er)Kenntnisse zu reformieren. Mayntz widmete sich dort speziell den Problemen der Technikstudenten bzw. der Technikerausbildung. Sie arbeitete sich in die Stadtsoziologie ein und begann, sich näher für Psychologie und Marxismus zu interessieren. Ab 1966 leitete sie ein medizinsoziologisches Forschungsprojekt, das der Frage nachging, inwiefern die bei Parsons beschriebenen Unpersönlichkeitsnormen gleichermaßen bei Allgemein- und Klinikärzten galten oder ob dabei Unterschiede bestanden. Im Hintergrund stand die weitergehende Frage, was das Ärztliche ausmachte, angesichts des bereits bei Parsons beschriebenen Dilemmas zwischen wissenschaftlich-experimenteller und fallbezogen-ärztlicher Einstellung im modernen Gesundheitswesen; dabei sollte auch versucht werden, das Problem empirisch zu diskutieren, ob die Inhumanität der Nazi-Ärzte, die ausschließlich technisch-ideologisch gedacht hatten, als Gegenpol oder als Übersteigerung typischer ärztlicher Haltungen aufzufassen war. Aus dem Datenmaterial entstanden zwei leider wenig beachtete Aufsätze über Unpersönlichkeit und klinische Kompetenz (Mayntz 1969b; 1970b).

Zu gleicher Zeit entwarf sie ein zweites Forschungsprojekt. Ihr war die merklich höhere Bereitschaft der Sozialwissenschaftler - im Unterschied zu Studenten anderer Fachgruppen - aufgefallen, an den Demonstrationen und Aktionen mit dem Ziel gesellschaftlicher Veränderungen, speziell dem Abbau "überholter" Universitätstraditionen teilzunehmen. Das heißt, wie sie 1968 schrieb, "the unrest is mostly pronounced among students of the social sciences and at the faculties of philosophy (which also includes languages and history), while by and large the natural sciences, engineering, and faculties of law and medicine have remained relatively quiet" (1968c, 164f.). Konnte der Grund für diese unterschiedliche Protestbereitschaft mit der Wahl des Studienfachs zusammenhängen? *Studenten im Studium*, der darauf antwortende Forschungsbericht, erschien 1970, also ein Jahr bevor Mayntz - in gewissem Sinne unfreiwillig - Abschied von der Freien Universität nahm (1970c).

Das Buch referierte die Ergebnisse zu Persönlichkeitsmerkmalen, Studienmotivationen und politischen Einstellungen im Vergleich zwischen Soziologie und Betriebswirtschaft bzw. Jura, die die Studie unter der Fragestellung erbrachte, ob sich Persönlichkeitstendenzen, Berufsbilder, Wissenschaftsverständnis und politische Überzeugungen während des Studiums wandelten bzw. gewandelt hatten.² Mayntz und ihre Mitarbeiter fanden, daß die Soziologie als gewissermaßen zeitgemäß gesellschaftsorientierte Bildungswissenschaft von Studenten aus Bevölkerungsschichten studiert wurde, deren Eltern- und Großeltern-Generation bisher typischerweise zu eher bildungsaversen Berufsgruppen und Milieus gehört hatten. Ferner, so ergaben die Interview- und Testdaten, veränderte das sozialwissenschaftliche Studium seine Studenten nachhaltig und meßbar in die Richtung des "Mehr-Demokratie-Wagens", wie Bundeskanzler Willy Brandt 1970 den neuen Geist der sozialliberalen Ära kennzeichnete.

Mayntz war in dieser Zeit indessen angesichts der Konfrontationen und Provokationen durch nicht mehr am Wissenschaftstun interessierte Studenten in die Defensive gegenüber den Entwicklungen an der Freien Universität geraten. In unpersönlicher Form beschrieb sie möglicherweise ihre eigene Erfahrung, als sie 1968 über die Berliner Situation sagte:

"The students do not unanimously welcome the support of liberal professors...At any rate, while the sympathies of the liberals may often be used, these faculty members have not succeeded in guiding the student movement according to their own convictions. As the students started to use increasingly radical tactics, it became more difficult for the liberals to go along with them. This inner conflict is well expressed in the story about a colleague at a small west German university who reportedly said that every morning he prays fervently, 'Dear God, do not let me become a conservative today!' But there comes a point where the worry ceases about 'no enemies on the left', as the expression goes, and where the fear of being called conservative or even something worse wears off" (1968c, 169).

Als ein geordneter Lehrbetrieb an der Freien Universität bereits kaum noch möglich war, da nunmehr auch eine "von unten" organisierte "kritische Universität" ein alternatives Vorlesungs- und Seminarprogramm anbot und zudem die Drittel- und Viertelparität in den Selbstverwaltungsgremien deren Entscheidungsfähigkeit stark beeinträchtigte, erhielt Mayntz einen Ruf an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Sie nahm ihn an; da ihr Mann, der Maler Hann Trier, fast gleichzeitig einem Ruf an die Kunstakademie Düsseldorf folgte, zog das Ehepaar nach Westdeutschland in die Kölner Gegend um.

2 Dabei wurden u.a. auch Ergebnisse der seinerzeitigen Landtagswahlen erwähnt, die rechtsradikale Parteien betrafen (Hessen 1966: 7,9 % NPD z.B.), gefolgt von der Bemerkung: "Wildenmann und Kaase liefern weitere Daten über einen latenten Faschismus in der Bevölkerung: Die Hälfte der Bevölkerung hält den Nationalsozialismus für eine gute Idee, die nur schlecht ausgeführt wurde, ein Drittel meint, wir sollten eine einzige nationale Partei als Interessenvertretung des Volkes haben, und ein Viertel wünscht sich von einem Führer zum Wohle aller mit starker Hand regiert. 71 % sind der Ansicht, die Todesstrafe senke die Verbrechensrate. Über die Hälfte will keine Kritik von Ausländern an ihrem Vaterland dulden" (1970c, 186).

II. DIE VERWALTUNGSSTOZIOLOGISCHEN ARBEITEN 1969-1985

Die zweite, klar unterscheidbare Schaffensphase stellt sich als rund 15 Jahre währende ununterbrochene empirische Forschung dar. Dabei konzentrierte Mayntz ihre Bemühungen um die Rezeption der Organisationssoziologie in Deutschland auf die öffentliche Verwaltung als speziellen Typus bürokratischer Organisation. Mit dieser Spezialisierung trug sie ganz wesentlich - neben der Bielefelder Schule um Franz-Xaver Kaufmann - zur Entwicklung einer eigenständigen deutschen Verwaltungssoziologie bei. Die methodischen Erfahrungen der Zeit bis 1969, die in *Studenten im Studium* (1970) einen Höhepunkt multivariater Datenanalyse erreichten und allgemein in der *Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie* (Mayntz et al. 1969) niedergelegt waren, wurden dabei auf verwaltungssoziologische Fragestellungen angewandt, die insbesondere bereits im Aufsatz über Webers Idealtypus der Bürokratie (Mayntz 1965b) und im Reader *Bürokratische Organisation* (Mayntz 1968b) vorbereitet waren.

Im Mittelpunkt der empirisch-verwaltungssoziologischen Untersuchungen stand zunächst die Ministerialverwaltung in Bonn. Der Zugang zu dieser sensiblen Forschungsarena - eines der Zentralprobleme der empirischen Verwaltungsforschung - war seit 1969 über Forschungsaufträge gebahnt und danach als relativ fester Arbeitskontakt etabliert worden. Diese thematische Schwerpunktsetzung kündigte sich bereits vor dem Wechsel von der FU Berlin an die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer im Jahre 1971 an. Die schon 1973 angenommene Berufung an die Universität Köln, Institut für angewandte Sozialforschung, ermöglichte dann auch größere räumliche Nähe zu Bonn.

In der - nicht veröffentlichten - *Organisationssoziologischen Untersuchung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung* (Mayntz et al. 1970) wird die doppelte, nach außen gerichtete (Darstellung der Regierung im In- und Ausland) und auf Unterrichtung der Regierung (über in- und ausländische veröffentlichte Meinungen) bezogene Zielsetzung des BPA im Spiegel des Zielverständnisses seiner Mitarbeiter analysiert. Zweitens ging es um die Entscheidungs-, Kommunikations- und Kontrollstruktur sowie um den Führungsstil im BPA, und drittens wurden Personalpolitik einerseits und Rollenverständnis (Generalisten versus Spezialisten), Arbeitszufriedenheit und Probleme der Mitbestimmung im Amt andererseits empirisch untersucht. Diese 1969 noch zur Zeit der Großen Koalition übernommene und auch begonnene Untersuchung (Erhebung im Mai 1969) stellte den Einstieg dar für weitere institutionalisierte Kooperation mit der ab Oktober 1969 amtierenden neuen Bundesregierung der sozial-liberalen Koalition. Diese Kooperation vollzog sich zwischen 1969 und 1975 über die vom Bundeskabinett eingesetzte und beim Bundesminister des Innern ressortierende Projektgruppe "Regierungs- und Verwaltungsreform" (PRVR). Sie produzierte Vorschläge, wie der Regierungsapparat im Hinblick auf neue gesellschaftliche und politische Anforderungen reformiert werden könnte. Gleichzeitig war Mayntz in die 1970 von der Bundesregierung eingesetzte Kommission zur Reform des öffentlichen Dienstrechts (1970 bis 1973) berufen worden. Für beide Gremien führte sie jeweils eine methodisch und inhaltlich bahnbrechende Untersuchung durch.

Zunächst beauftragte 1970 die PRVR Renate Mayntz und Fritz Scharpf, der bereits eine Reihe von Fallstudien über Entscheidungsprozesse in den Bundesministerien durchgeführt hatte, generelle Muster von Entscheidungsprozessen sowie den Einfluß einzelner Organisationsvarianten in den Bundesministerien mittels Dokumentenanalyse und vorstrukturierter Interviews zu untersuchen sowie Reformempfehlungen zu entwickeln. Normativ orientierte sich diese Untersuchung am Konzept der "aktiven Politik", in dem höhere Innovativität bei gleichzeitig besserer Koordination und Betonung des Primats der Politik angestrebt wurde. Nach Abschluß des Untersuchungsberichts *Programmentwicklung in der Ministerialorganisation* (Mayntz, Scharpf et al. 1972) erschienen unter dem Titel *Planungsorganisation* (Mayntz und Scharpf 1973) die theoretischen Vorüberlegungen und die Reformvorschläge, die dieser Untersuchung zugrundelagen oder aus dem Kreis der PRVR³ hervorgingen. Anschließend erlaubte eine gestraffte englischsprachige Publikation der empirischen Ergebnisse, Strukturen und Funktionen sowie Restriktionen der Programmentwicklung in der Bonner Ministerialbürokratie im einzelnen zu verdeutlichen. Dieses unter dem Titel *Policymaking in the German Federal Bureaucracy* erschienene Werk (Mayntz und Scharpf 1975) prägte auf Jahre das bislang wenig konturierte Bild von der Ministerialbürokratie; es wurde deutlich, daß die Ministerialbürokratie in den politischen Prozeß stark involviert ist, was bis dahin wenig bewußt oder bekannt gewesen war. Diese neue Perspektive auf die Bonner Ministerialbürokratie entstand sowohl für die deutsche Regierungs- und Verwaltungslehre, für die dieses Gebiet bisher *terra incognita* gewesen war, als auch für den angelsächsischen Leserkreis. Im Gegensatz zu den zwischen 1964 und 1976 publizierten deutschen Arbeiten zur Regierungslehre, die überwiegend normativ und zum Teil taxonomisch abstrakt waren, wurde nun unter klassischer Fragestellung, die das von Max Weber formulierte Problem der politischen Verselbständigung der Bürokratie gegenüber dem Primat der Politik aufgriff, ein analytisch klares und zugleich empirisch vielschichtiges, dem Facettenreichtum von Entscheidungsprozessen entsprechendes Bild gezeichnet. Dieses schloß beispielsweise die Iterativität von Entscheidungsprozessen in der Hierarchie ebenso ein wie das Phänomen der negativen Koordination.

Nachdem Renate Mayntz einen Lehrstuhl an der Universität Köln übernommen hatte und neben Erwin K. Scheuch ins Institut für angewandte Sozialwissenschaft eingetreten war, wandte sie sich für die PRVR noch weiteren Untersuchungen zu. Mittels standardisierter schriftlicher Befragung, einer an diesem Gegenstandsbereich bisher kaum erprobten Erhebungsmethode, untersuchte sie die *wissenschaftlichen Beiräte* eines Bundesministeriums (Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit). Dabei ging es um den Zusammenhang zwischen Organisationsstruktur der Beiräte und Funktionen der wissenschaftlichen Beratung im politischen Prozeß (Mayntz et al. 1975). Die Befunde interpretierte Mayntz in einem Aufsatz kontingenztheoretisch (Mayntz 1977a).

3 Zu den Analysen für die PRVR gehört ferner ein Gutachten *Politische Planung und demokratische Beteiligung* (Mayntz 1971), das Folgerungen aus den von Hartmut Häußermann und Jochen Schulz zur Wiesch durchgeführten Fallstudien zum Nordrhein-Westfalen-Programm 75 bzw. zum Landesentwicklungsplan Hessen '80 zog; siehe auch Mayntz 1972.

Das zweite Gremium, für das Mayntz durch Forschungstätigkeit wirkte, war die Studienkommission für die Reform des öffentlichen Dienstrechts. 1970, parallel zur Untersuchung über die Programmentwicklung in der Ministerialverwaltung, begann Mayntz für die Dienstrechtsreformkommission gemeinsam mit Niklas Luhmann eine Untersuchung über *Personal im öffentlichen Dienst: Eintritt und Karrieren* (Luhmann und Mayntz 1973). Diese Arbeit eruierte zum einen Rekrutierungsprobleme des öffentlichen Dienstes, wobei Beitrittsmotive sowohl bei Schülern und Studenten - Anknüpfung an die Berliner Studentenuntersuchung - ermittelt wurden, und zwar mittels standardisierter schriftlicher Befragung; zum anderen galt es - teilweise ähnlich der BPA-Untersuchung -, die Zufriedenheit der bereits in der öffentlichen Verwaltung Tätigen zu ermitteln, und zwar sowohl was deren Karrierechancen als auch was die personalpolitischen Instrumente wie etwa das Beurteilungswesen betraf. Einer der theoretischen Erträge dieser Arbeit war die in einem Aufsatz (Mayntz 1973) herausgearbeitete Einsicht in die Doppelfunktion der Beförderung in formalen Organisationen: neben der Personalallokation auf Dienstposten dient sie zugleich der Stabilisierung der Leistungsmotivation.

Angesichts der späteren Untersuchungen könnte der Eindruck entstehen, daß in diesen verwaltungssoziologischen Arbeiten der frühen siebziger Jahre der Systembezug und damit die Perspektive der Herrschaftssoziologie dominiere; obwohl gelegentliche strukturell-funktionale Argumentationen dahingehend gedeutet werden mögen, ist es zutreffender, daß auch das Spannungsverhältnis von Individuum und Organisation und damit die Problematik des Führungs-Mitarbeiter-Dualismus Bezugspunkt blieb. Sowohl die BPA-Untersuchung als auch die breit angelegte Personaluntersuchung von 1973 wahrten die Mitarbeiterperspektive und konnten so die Überlegungen einbeziehen, die Mayntz in organisationssoziologischen Schriften der 60er Jahre, zuletzt im Nachwort zur deutschen Ausgabe von Presthus' *Individuum und Organisation* (Mayntz 1966) herausgestellt hatte. Die Mitarbeiterperspektive wurde auch methodisch nahegelegt, weil Empiriker meist mit Individuen als Erhebungseinheiten zu tun haben, selbst wenn die Untersuchungseinheit eine Organisation ist. Die Doppelperspektive kündigte allerdings bereits an, was später, in der dritten Schaffensphase, systematisch herausgearbeitet werden sollte: das Wechselspiel in sozialen Strukturen, nämlich zwischen Organisationsstrukturen, die letztlich von Menschen geschaffene Artefakte sind, und Akteuren, die innerhalb dieser Strukturen wirken, sie reproduzieren und zugleich modifizieren.

Aus wissenschaftssoziologischer Sicht sei bemerkt, daß mit dem Ende der Bonner Reformpolitik und der Wendung vom Konzept der aktiven Politik zum Krisenmanagement seit der Kanzlerschaft Schmidt auch eine Verlagerung des Forschungsinteresses aus der Regierungszentrale nicht nur, aber auch bei Renate Mayntz stattfand. Dies koinzidierte einerseits mit dem Ende der PRVR 1975, aber auch mit einer Umorientierung der internationalen policy science, in der zunehmend neben der Programmentwicklung, dem policymaking, auch die anschließenden Phasen des Politik-Zyklus, Implementations- und Evaluationsprozesse, untersucht wurden. Seit Pressman und

Wildavsky (1973) für die USA den Vollzug von Bundesprogrammen als problematische Phase für das Gelingen einer Politik analysiert hatten und nachdem in der Bundesrepublik unter anderem von "Vollzugsdefiziten" im Bereich der Umweltschutz-Gesetzgebung öffentlich die Rede war, fiel Mayntz sozusagen die Aufgabe zu, den in der deutschen, von Juristen beherrschten Verwaltungslehre grundsätzlich als unproblematisch angesehenen Gesetzesvollzug empirisch zu analysieren. Zwischen 1975 und 1977 wurde für den Sachverständigenrat für Umweltfragen, dessen Vorsitzender seinerzeit der Kölner Kollege Hansmeyer war, untersucht, inwieweit - als Auftragsangelegenheiten oder eigene Angelegenheiten - die Länder das 1973 erlassene Bundesimmissionsschutzgesetz bzw. das Wasserhaushaltsgesetz vollzogen. In einer methodisch höchst aufwendigen und interdisziplinär unter Verpflichtung juristischen Sachverständes ab Ende 1975 durchgeführten Untersuchung (Mayntz et al. 1978; Mayntz 1978) wurden Modalitäten und Probleme des Vollzugs dieser beiden zentralen Bereiche der Umweltschutz-Politik auf Länder- und lokaler Ebene vergleichend erforscht.

Damit wurde ein weiteres Mal eine unterbelichtete Stelle in den bislang letztlich mechanisch gebliebenen juristischen Vorstellungen vom Verhältnis von Regierung und Verwaltung sowie Gesetzgebung und Verwaltungsvollzug erhellt. Parallel zum laufenden Forschungsprojekt veröffentlichte Mayntz den theoretischen Ansatz der *Implementationsforschung* (Mayntz 1977; dann auch 1979) und löste damit in der Bundesrepublik wenn nicht eine ganze Welle neuer Untersuchungen, so doch zumindest eine Bündelung vorliegender oder laufender Arbeiten unter einem neuen Paradigma aus. Das Neue an dieser Forschungsrichtung bestand darin, daß nicht mehr einzelne Organisationen, sondern ein Programm (gesetzesförmig oder auch nicht) zur Analyseeinheit wurde, das im Zusammenwirken hierarchisch gestaffelter und horizontal verschachtelter Verwaltungsapparate zu vollziehen war und dabei, wie schon Max Weber beobachtet hatte, immer in Gefahr stand, "auf dem Verwaltungswege zu entgleisen". Damit war sowohl die Verbindung zu der seit Mitte der 70er Jahre keimenden "Politikfeldforschung" als auch ein Bezug zu den von Fritz Scharpf unter dem Stichwort "Politikverflechtung" seit 1976 vorgelegten Arbeiten der empirischen Föderalismusforschung hergestellt. 1976 entstand dann der Projektverbund "Implementation politischer Programme", der von der DFG gefördert und seit 1977 in Köln engagiert koordiniert wurde. Das Ergebnis dieses Projektverbundes schlug sich nieder in zwei von Renate Mayntz herausgegebenen Sammelwerken zum Thema "Implementation" (Mayntz 1980; 1983).

Speziell die Untersuchung der Implementation von Umweltpolitiken sollte den Anstoß geben für Detail- und Wiederholungsuntersuchungen auch anderer deutscher Forscher. An dieser Stelle sei ganz allgemein bemerkt, daß von den Assistenten und Projektmitarbeitern seit der BPA-Untersuchung Themata weitergeführt oder Einzelaspekte ausgeführt worden sind, sei es über bürokratische Organisation, über gewerkschaftliches Bewußtsein von Verwaltungsangehörigen, zu Partizipationsmöglichkeiten in Organisationen, über Erfolgskontrollen, politische Handlungsspielräume und Umweltpolitik (auch auf lokaler Ebene). Dabei drückte sich z.B. die Verwunderung des Juristen über Bargaining-Prozesse beim Gesetzesvollzug in dem Titel "Der informale Rechts-

staat" aus. Dieser Aspekt wissenschaftlicher Leistung, die Anregung und Förderung des Nachwuchses, kann hier nur angesprochen werden und ist vielfach aus dieser Festschrift erkennbar.

Mayntz legte auf dem Soziologentag 1975 einen Trendreport *Staat und politische Organisation* vor (Mayntz 1976); daran schloß sich als Zwischenbilanz ihrer verwaltungssoziologischen Arbeiten das Lehrbuch *Soziologie der öffentlichen Verwaltung* (Mayntz 1978b) an. Ähnlich der 1963 erschienenen *Organisationssoziologie*, das einigen Studentengenerationen in Deutschland zum Grundlagenbuch wurde, erfuhr diese "Verwaltungssoziologie" mehrere Auflagen und Übersetzungen; bis heute ist sie ein Standardwerk.

Gegen Ende der 70er Jahre ergab sich die Möglichkeit, die Forschungsarbeit *international vergleichend* auszurichten. Ab 1980 förderte die Stiftung Volkswagenwerk eine am Problem der unterschiedlichen Vollzugsstile der Bundesländer ansetzende Untersuchung, die sich mit nationalen *Verwaltungskulturen* in fünf Ländern befaßte (Forschungsbericht Mayntz et al. 1982). Diese Studie setzte sich fort in einer von der Anglo-German Foundation finanzierten britisch-deutschen vergleichenden Untersuchung über kommunale Wirtschaftsförderung (Mayntz 1981). Die Erkenntnisse dieser Untersuchungen mündeten in die Reflexion der Bedeutung einzelner Programmtypen oder Interventionsinstrumente, speziell der mit Geboten und Verboten operierenden "*regulativen Politik*" (z.B. Mayntz 1979; 1983b).

Andere Themen, die sich aus der Forschungstätigkeit der siebziger Jahre herleiteten, waren das Problem der Machtkonzentration und -diffusion in der Regierungszentrale (Mayntz 1980b) oder Stellung und Funktion der "politischen Beamten" (Mayntz 1983c; 1984a; 1984b). Nach einjähriger Gastprofessur an der Stanford University 1982/83 nahm Mayntz das letztere Thema in einer neuen Untersuchung auf. Diese widmete sich der Frage nach der Rolle von Spitzenbeamten an der Schnittstelle zwischen Politik und Bürokratie; dabei konnten Themen der siebziger Jahre, also die Bonner Fragestellungen zum policy-making und zum Personalwesen, eingebracht und weitergeführt werden. Diese *Elite-Untersuchung* war eine Replikation einer 1970 in Bonn und in anderen westlichen Ländern durchgeführten ersten Erhebung, die 1981 von Aberbach, Putnam und Rockman unter dem Titel "*Bureaucrats and Politicians in Western Democracies*" veröffentlicht worden war. Mayntz bereitete diese deutsche longitudinale und zugleich international komparativ angelegte Untersuchung mit Hans-Ulrich Derlien vor, bis sie - gefördert von der DFG - zwischen 1986 und 1991, also schon während der dritten Phase des wissenschaftlichen Schaffens, durchgeführt werden konnte. Erste Ergebnisse (Derlien, Mayntz et al. 1988) wurden speziell mit Blickpunkt auf die Politisierung der administrativen Elite veröffentlicht (Mayntz und Derlien 1989). Dabei konnte gezeigt werden, daß, während zwischen 1970 und 1987 der Anteil der Parteimitglieder unter den Spitzenbeamten kontinuierlich zugenommen hatte, paradoxerweise gleichzeitig deren Mehrheit eine Parteipolitisierung weiterhin ablehnte. Dennoch kann man nicht von einer Hybridisierung der Beamtenrolle sprechen, denn die Karrierewege von politischer und administrativer Elite verlaufen höchst unterschiedlich. Aber die Bonner

Beamenschaft hatte stärker als 17 Jahre zuvor, so war zu sehen, ein der faktischen Funktion der Ministerien entsprechendes Rollenverständnis entwickelt. Zu diesem Bild des "politischen Bürokraten" paßte, daß die Bonner Beamten kaum technokratische Einstellungen aufwiesen und nicht weniger liberal waren als ihre Kollegen in Washington (Aberbach et al. 1990).

Fragen nach der Bedeutung handlungsleitender Orientierungen spielten auch bei einer zweiten Untersuchung eine wichtige Rolle, die in dieser Zeit vorbereitet, jedoch erst nach der Mitte der achtziger Jahre gemeinsam mit Friedhelm Neidhardt durchgeführt wurde. Es handelte sich um eine qualitative Untersuchung zur *Parlamentskultur des Deutschen Bundestages*. Sie erbrachte als bemerkenswerten Befund, daß auf der einen Seite der Antagonismus im Verhältnis der Fraktionen zueinander offen zur Schau getragen, allgemein akzeptiert und auch positiv bewertet wurde; auf der anderen Seite herrschte zugleich Konkurrenz innerhalb der Fraktionen, und diese wurde (gerade wegen der Stärke der Konkurrenzmotivation) durch einen stark moralisierenden Anspruch der "Solidarität" überlagert. Letzterer äußerte sich beispielsweise in der verbreiteten negativen Formulierung: "Kollegiales Verhalten (heißt), daß man nicht gegeneinander arbeitet und sich (vor allem dann, wenn es einen selbst wenig kostet) gegenseitig hilft" - wobei die positive Norm wiederum einer Reziprozitätserwartung verbunden war, nämlich daß man von anderen Gleiches erwarten durfte. Von gleicher Bedeutung, so zeigte sich, war die teilweise konträre "Erwartung, daß man den durch Arbeitsteilung auch formell festgelegten Kompetenzbereich und die sachliche Domäne von Fraktionskollegen respektieren soll" (Mayntz und Neidhardt 1989, 379).

Zwei weitere thematische Stränge, die um 1980 aufgenommen wurden, müssen erwähnt werden. In den siebziger Jahren hatte Mayntz zur Internationalisierung des Forschungsrahmens beigetragen (auch sich zeitweilig von Bonn als Arena der Verwaltungsforschung abgewandt) und dabei im Zuge der Implementationsforschung neue Felder der Verwaltungsanalyse erschlossen. Nun deutete sich eine makro-soziologische Öffnung des theoretischen Bezugsrahmens an, indem Fragen der *Bürokratisierung* aufgegriffen wurden. 1980 faßte sie die Ergebnisse einer Sachverständigen-Anhörung im Bundesministerium des Innern zusammen (Mayntz 1980c). Danach ermittelte sie Attitüden der Bürger zu Verwaltung und Bürokratisierung, wozu in den Allbus 1980 eine Reihe spezieller Fragen eingestellt wurde (Mayntz und Feick 1982). Diese Verbreiterung des theoretischen Bezugsrahmens ging also aus von der Einzelorganisation, wie in der Organisationstheorie und in der BPA-Untersuchung maßgebend, gelangte über die Untersuchungen zur Ministerialbürokratie als System zu interorganisatorischen Netzwerken, von denen gezeigt wurde, daß sie von Bonn bis auf die Lokalebene reichten; schließlich öffnete sich der Bezugsrahmen mit der Allbus-Befragung zum Thema "Bürokratismus" bis zu einer gesamtgesellschaftlichen Perspektive.

Zweitens erschloß sich Mayntz seit der Umweltschutz-Untersuchung *zwei weitere Politikfelder*, die ab Mitte der achtziger Jahre intensiver erforscht werden sollten: die Gesundheitspolitik und Fragen der Großtechnik erlangten erstmals Mayntz' ganze Auf-

merksamkeit. Den *Technikbezug* stellte ein Gutachten über Informations- und Kommunikationstechnologien in der öffentlichen Verwaltung her (Mayntz et al. 1983; 1983d), das die Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung in Bonn in Auftrag gab; darin wurde durchaus mit Verwaltungsbezug (speziell: Vollzugsverwaltung) der Bedarf an informationstechnologischen Innovationen explorativ ermittelt. Technik gehörte auch zum Thema anlässlich der Begleituntersuchung zu einem Feldversuch mit dem Btx-System, an dem Mayntz mitwirkte (Mayntz et al. 1984). In das Feld der *Gesundheitspolitik* führte bereits Ende der 70er Jahre ein Gutachten für das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung ein, das sich mit Organisationsfragen der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) befaßte (Mayntz und Derlien 1979). Darin ging es zum einen um die interorganisatorischen Beziehungen innerhalb des Systems von Versicherern, Versicherten und Leistungsanbietern in der GKV, zum anderen auf der Mikro-Ebene der einzelnen Krankenkasse in klassischer verwaltungssoziologischer Absicht um die Steuerungs- und Legitimationsprozesse, die durch die Struktur der sozialen Selbstverwaltung vorgegeben waren. Dabei wurden Spannungen zwischen Kassenarten und den verschiedenen im Gesundheitsbereich tätigen Verbänden innerhalb des Makro-Systems der gesetzlichen Krankenversicherung beleuchtet sowie ein Bild der systemischen Regulierungsprozesse entwickelt.

Auch mit der GKV-Untersuchung deutete sich, wenngleich nur emergent, die wachsende makro-soziologische Orientierung an. Man könnte zwar sagen, seit den 60er Jahren habe sich der Gegenstand der Untersuchungen zunehmend von der großen Klasse formaler Organisationen über öffentliche Verwaltungen auf spezielle Programme verengt. Aber zugleich muß man feststellen: gegenläufig erweiterte sich der analytische Bezugsrahmen von der Analyse einzelner Organisationen über die Untersuchung interorganisatorischer Beziehungen zu Fragen systemischer (Selbst-) Regulierung. Mayntz war dabei "Realist genug", um diese "Wende zum Ganzen" nicht im Sinne der Einstellungsforschung in der Bevölkerung zu vollziehen, sondern mit Blick auf die Binnendynamik des Staatsapparates mit seinen Fragmentierungen, Konflikten und Vernetzungen.

Auf theoretischer Ebene blieb das Interesse indessen trotz Erweiterung des Bezugsrahmens konstant: immer wieder befaßte Mayntz sich mit den *Fragen der Steuerung*. Unbeschadet der Ausflüge zum Thema "Individuum und Organisation" zog sich wie ein roter Faden durch ihr Werk in der zweiten - empirisch-verwaltungssoziologischen - Phase ihres Schaffens die letztlich in Max Webers Herrschaftssoziologie verwurzelte Orientierung an Fragen der Steuerung. Die Spannweite dieses Forschungsinteresses reichte von der binnenorganisatorischen Analyse der hierarchischen Unterstellungsverhältnisse und des Führungsstils im Presse- und Informationsamt, über Fragen des Primats der Politik und des Verhältnisses von Parteiorientierung und Beamtenethos in den Ministerien, das Steuerungspotential bei Implementationsprozessen in interorganisatorischen Netzwerken bis hin zu der Thematik der Selbstregulierung in einem System der sogenannten mittelbaren Staatsverwaltung am Beispiel der GKV. Im Verlauf der Arbeit an diesen verschiedenen Forschungsthemen wurde sich Mayntz mehr und mehr

der Begrenztheit steuernder Eingriffe bewußt: Die Verselbständigungsgefahr der Bürokratie gegenüber ihrem politischen Herrn ist ein Dauerproblem; steuernden Eingriffen des Bundes in den Vollzug seiner Gesetze durch die Länder sind verfassungsrechtliche und faktische Grenzen gesetzt; selbstregulative Systeme wie das Gesundheitswesen entwickeln ihre eigene (Kosten-)Dynamik, die partiellen Interventionen von Parlament und Regierung nur in Grenzen Erfolg beschert.

Wie ein Aperçu zur Schaffensphase seit den sechziger Jahren und wie ein Vorgriff auf die eigene Arbeit der Direktorin des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, das 1984 in Köln entstand, wirkt die kleine Schrift zum *Management von Forschungsinstituten* (Mayntz 1985), mit der einer rein organisationssoziologischen Frage binnenorganisatorischer Ausrichtung nachgegangen wird. Daß anschließend das Forschungssystem als gesellschaftliches Teilsystem und besonderes Politikfeld im MPIfG bearbeitet wurde, lag nach der Entwicklung des Forschungsinteresses seit 1969 nahe, und so entwickelte sich der enge Zusammenhang zwischen Reflexion über Fragen der Organisation von Forschungsinstituten und der Aufnahme der Arbeit im Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Köln.

III. GESELLSCHAFTSFORSCHUNG SEIT 1985

Renate Mayntz hatte dem Fachbeirat des von Carl-Friedrich von Weizsäcker und Jürgen Habermas geleiteten Starnberger "Max-Planck-Instituts zur Erforschung der Lebensbedingungen der wissenschaftlich-technischen Zivilisation" angehört, und als die (ganz überwiegend naturwissenschaftlich ausgerichtete) Max-Planck-Gesellschaft nach gescheiterten Rettungsversuchen für Starnberg doch noch einmal die Gründung eines sozialwissenschaftlichen Instituts in Betracht zog, wurde auch sie um Rat gebeten. Ihre "Überlegungen zum Forschungsprogramm eines Max-Planck-Instituts für soziologische Forschung" vom September 1983 überzeugten dann nicht nur die fachkundige Kommission, sondern auch die den Sozialwissenschaften durchaus fernstehenden Entscheidungsgremien der Gesellschaft. Schon im April 1985 konnte darum das "Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung" (MPIfG) mit Mayntz als Gründungsdirektorin seine Arbeit aufnehmen.

Was die Skeptiker in der MPG offenbar beeindruckte, war das Versprechen der in ihrer fachwissenschaftlichen Kompetenz uneingeschränkt anerkannten Autorin, Fragen von Starnberger Relevanz mit dem professionellen Instrumentarium der theorieorientierten und methodenkritischen empirischen Sozialforschung zu bearbeiten. Für Mayntz ihrerseits verband sich mit dem Gründungsplan zugleich die Hinwendung zu gesellschaftstheoretischen Fragen auf der Makro-Ebene und die Chance, sich künftig auf die längerfristig angelegte Grundlagenforschung konzentrieren zu können. Das künftige Institut sollte, so der programmatische Auftakt ihres Gründungskonzepts, "den derzeitigen Mangel an empirisch fundierter und erklärungskräftiger Gesellschaftstheorie überwinden helfen" - und zwar mit einem Forschungsansatz, der von den "konkreten

Besonderheiten der hochentwickelten Gegenwartsgesellschaften" mit ihrem hohen Maß an Organisiertheit, Komplexität, Technikabhängigkeit und Ressourcenverfügung ausgehen soll. Mit ihrer enormen Handlungsfähigkeit und einem noch nie vorher dagewesenen Wirkungspotential versuchen diese Gesellschaften in einem historisch unvergleichlichen Maße, die eigene Entwicklung zu steuern. Zugleich erzeugen sie jedoch eine offenbar nicht beherrschte Eigendynamik, die bestimmt wird durch die hochgradige Interdependenz funktional differenzierter Teilsysteme mit ihren je spezifischen Teilrationalitäten und Verselbständigungstendenzen und durch zunehmende internationale Verflechtung - und dementsprechend durch die zunehmende Bedeutung von unbeabsichtigten und unvorhergesehenen Neben- und Fernwirkungen. Den Zugang zum Verständnis dieser charakteristischen Wechselwirkung von Eigendynamik und Steuerung sollte nach ihrer Vorstellung in erster Linie die Institutionenanalyse eröffnen, die freilich durch eine den institutionalistischen Ansätzen bislang fremde Perspektive auf die prägende Kraft technischer Artefakte und auf die Wechselbeziehung zwischen institutionellen Kontexten und individuellen Handlungsorientierungen ergänzt werden sollte (Mayntz 1983).

Der fachwissenschaftlichen Öffentlichkeit hat Mayntz ihr Konzept für das neue Institut in einem Plenarreferat auf dem 22. Deutschen Soziologentag in Dortmund 1984 unter dem Titel "Die gesellschaftliche Dynamik als theoretische Herausforderung" vorgestellt (Mayntz 1985). Noch mehr als in dem für die Max-Planck-Gesellschaft bestimmten Entwurf vertritt sie hier die - mit ihren eigenen Arbeiten der vorangehenden fünfzehn Jahre durchaus kontrastierende - Forderung nach einer empirisch fundierten Gesellschaftstheorie auf der Makroebene, und sie verdeutlicht zugleich das im MPG-Papier nur angedeutete sozialtechnologische Erkenntnisinteresse an der Aufklärung von "krisenhaften Entwicklungen, die möglich erscheinen, obwohl niemand sie will". Hier ist die Wissenschaft herausgefordert, denn

"erkennbar zu irreversiblen Umweltschädigungen führendes Verhalten läßt sich... unterbinden, revolutionäre Situationen können entschärft und Eskalationen gestoppt werden. Gesellschaftliche Entwicklung ist das Resultat des ständigen Wechselspiels von Eigendynamik und Steuerungsversuchen. Ob wir diese Entwicklung besser zu beherrschen lernen, hängt nicht nur von guten Absichten, sondern auch von rechtzeitigen Einsichten ab" (1985, 41).

Im Zentrum des Vortrags stand jedoch die Diskussion der theoretischen und methodischen Anforderungen, die ein so ambitioniertes Vorhaben impliziert. Bei aller notwendigen Vereinfachung gilt doch

"der Satz von der notwendigen Eigenkomplexität... auch für theoretische Systeme, mit denen man eine in struktureller und dynamischer Hinsicht komplexe und komplizierte Wirklichkeit erfassen will. Angesichts der Eigenart hochentwickelter Gegenwartsgesellschaften erscheint so jedes reduktionistische Forschungsprogramm, erscheinen alle Versuche der Beschränkung auf einige wenige Wirkungsprinzipien oder Strukturaspekte von vornherein als Irrwege. Die theoretische Herausforderung liegt ganz im Gegenteil darin, die Überlagerung verschiedener Strukturen und die Vielfalt von Abhängigkeitsbeziehungen zu erfassen und die vielen, manchmal isoliert voneinander ablaufenden, dann wieder sich gegenseitig beeinflussenden Prozesse gleichzeitig zu sehen"(1985, 31).

An diesem Anspruch gemessen erschien ihr nicht nur die ökonomische Public-Choice-Theorie defizitär, sondern auch die theoretisch anspruchsvollen makrosoziologischen Systemtheorien unterschiedlicher Richtung, auf deren Abstraktionsebene wir

"oft nicht mehr sicher sein [können], ob wir nicht nur in den Ästen semantischer Bäume herumturnen und als eine Art Scholastiker des 20. Jhdts. die Glöckchen eines begrifflichen Glasperlenspiels klingen lassen. So kann es kommen, daß wir vielleicht nicht einmal merken, wie wenig wir z.B. die konkrete Binnenstruktur verschiedener funktioneller Teilsysteme - vielleicht mit Ausnahme des politischen - und ihre derzeitigen Veränderungstendenzen kennen" (1985, 32).

Überdies verstellte auch die für die Systemtheorie charakteristische Betonung von normativ geregelten Interaktionen bzw. von sinnbezogenen Kommunikationssystemen den Blick für die spezifische Dynamik komplexer sozialer Systeme, die "zu einem guten Teil von aggregativen und kumulativen Effekten, von Neben- und Fernwirkungen menschlichen Handelns bestimmt [wird], die typischerweise jenseits des individuellen Sinnhorizonts liegen" (1985, 33).

Der eigene Ansatz wurde dann - mit Bezug auf Elias, Boudon und Crozier - als ein Versuch charakterisiert,

"Systemprozesse nicht nur in ihrer strukturverändernden Wirkung, sondern auch als Folge bestimmter struktureller Konfigurationen und der in ihnen beschlossenen Abhängigkeitsbeziehungen zu begreifen. Der strukturelle Kontext beeinflusst dabei einerseits das konkrete Handeln von Individuen, bestimmt aber gleichzeitig die Aggregateffekte, Nebenwirkungen usw. dieses Handelns. Es geht also darum, gleichzeitig und gleichgewichtig Struktur und Dynamik, Handeln und System miteinander zu verknüpfen, und zwar dergestalt, daß die dynamischen Konsequenzen von Strukturen über das Handeln von Individuen, die Rückwirkung dynamischer Vorgänge auf Strukturen über die Systemeffekte individuellen Handelns erfolgen" (1985, 36f).

Die Schwierigkeiten eines solchen Ansatzes lagen auch für Mayntz auf der Hand. In der sozialwissenschaftlichen Praxis entsprechen ihm am ehesten "historisch gesättigte Monographien, die... jenes Maß an Komplexität erreichen, das nötig ist, um den Eindruck von Wirklichkeitsnähe zu vermitteln". Aber das allein könnte nicht befriedigen, denn

"derartigen empirischen Studien fehlt... das generalisierende Element, so daß sie mehr zu unserem Verständnis einzelner konkreter Abläufe als zur Entwicklung einer über sie hinausgehenden Theorie beitragen. Was deshalb notwendig erscheint, ist der bewußte Versuch eines Brückenschlags zwischen den historisch gesättigten empirischen Studien einerseits und einer systematischen Weiterentwicklung des... Paradigmas andererseits" (1985, 37).

Wie sehr dieses Dilemma die Autorin beunruhigte, zeigte ihr im selben Jahr veröffentlichtes Manuskript "Über den begrenzten Nutzen methodologischer Regeln in der Sozialforschung" (1985a). Hier wandte sie sich gegen die Regeln der analytischen Wissenschaftstheorie, die in den sozialwissenschaftlichen Methoden-Lehrbüchern zu einer Dominanz des Hypothesen-Testens auf der Basis von Zwei-Variablen-Beziehungen geführt haben. Sie erschienen untauglich für Fragestellungen, bei denen es nicht um

massenhaft auftretendes individuelles Verhalten, sondern um komplexe Makrophänomene in institutionalisierten Kontexten geht. Wo solche Gegenstände überhaupt empirisch bearbeitet werden, dominieren in der Forschungspraxis die historischen Einzelfallstudien - und zwar nicht nur wegen objektiv begrenzter Fallzahlen oder offensichtlichen Schwierigkeiten der Datenerhebung. Vielmehr ist das Erkenntnisziel solcher Studien nicht auf Generalisierungen über die Beziehungen zwischen isolierten Eigenschaften gerichtet, sondern "auf die vollständige Erfassung der internen Dynamik des Systems bzw. die Beschreibung und Erklärung spezifischer Prozesse". Dies sollte, so insistierte Mayntz gegen die von der Variablen-Soziologie geprägten Reputations-Hierarchien des Fachs, als eine "schwierige und völlig legitime wissenschaftliche Aufgabe und... nicht als bloßes Präliminarium verstanden werden". Sie trieb die Provokation noch weiter:

"Angesichts der Tatsache, daß selbst die besten der verfügbaren Makro-Theorien empirisch nicht allzugen erhärtet sind und daß die Entwicklung zusätzlicher Verallgemeinerungen mit hoher Erklärungskraft eine sehr aufwendiges Unterfangen ist, mag es sehr wohl effizienter erscheinen, sich nicht auf den langen Weg der Theoriebildung zu begeben, sondern stattdessen mit ad-hoc-Erklärungen zu arbeiten - was im Hinblick auf die Qualität unseres nomologischen Wissens für den anstehenden Fall kaum weniger erfolgreich sein dürfte" (1985a, 74).

Daß freilich auch bei der Untersuchung komplexer Makrophänomene damit nicht alles gesagt war, zeigten am Ende des Aufsatzes der Hinweis auf das noch unausgeschöpfte theoretische Potential der Netzwerkanalyse und die Hoffnung auf ein Simulationsmodell,

"in das alle bekannten empirischen Beziehungen eingebaut sind, und das etwas tun kann, was wir unmöglich diskursiv zu leisten imstande sind: die Interaktion einer sehr großen Zahl von Subprozessen oder Beziehungen unmittelbar wiedergeben, die gemeinsam und nur gemeinsam spezifische (vorhersehbare) Wirkungen hervorrufen (1985, 76).

Solche Modelle waren zwar nicht in Sicht, aber Mayntz war jedenfalls nicht bereit, die Spannung zwischen der nicht zu reduzierenden Komplexität der Untersuchungsgegenstände auf der von ihr gewählten Erklärungsebene und der begrenzten Fassungskraft der verfügbaren Theorien durch den konsequenten Rückzug auf historisch-deskriptive Einzelfallstudien aufzulösen.³ Deshalb hatte das am Generalthema von "Eigendynamik und Steuerung" orientierte Forschungsprogramm des von ihr gegründeten Max-Planck-Insti-

3 In ähnlicher Absicht beschrieb Mayntz in dem Aufsatz über "Corporate Actors in Public Policy" das Problem der Generalisierbarkeit als die Achillesferse ihres Ansatzes:

"To put it simply: The dynamic and actor centered approach may, with its emphasis on the contingent nature of social events, blind us to existing regularities, so that instead of producing empirically based theory, we end up with nothing but detailed historical accounts."

Aber auch das darauf folgende Bekenntnis zur Theorie-Orientierung wurde sogleich wieder relativiert:

"But this is only part of the story, only half of the truth: Social events *are* highly contingent, and we will therefore never be able to explain what actually happens and may happen in social reality if we only look for regularities and disregard the existing degrees of freedom for human action and in social events" (1986, 21).

tuts zwar seine empirische Grundlage in breit angelegten Untersuchungen, welche die konkrete Binnenstruktur und Funktionsweise ausgewählter funktioneller Teilsysteme historisch und international vergleichend darstellen. Aber selbstverständlich ging es auch dabei immer um die Erklärung der dargestellten Entwicklungen und der entdeckten Unterschiede. Nur mußten diese Erklärungen der Komplexität des Gegenstandes angemessen sein. Wenn also nur sozialwissenschaftliche Theorien verfügbar waren, die entweder umfassend aber inhaltsarm oder empirisch gehaltvoll aber in ihrer Geltung gegenständlich beschränkt sind, dann konnte das neue Forschungsprogramm nicht auf einen einzigen theoretischen Ansatz festgelegt werden. Aussichtsreich war nur ein disziplinierter Eklektizismus, der für die Erklärung unterschiedlicher Aspekte des komplexen Gegenstandes jeweils die dafür geeigneten Partialtheorien heranzog und sich für deren Verknüpfung eher auf narrative Erklärungen als auf abstraktere Globaltheorien verließ.

Zugleich legte sich das neue Institut aber auf "Querschnittsprojekte" fest, welche die Erklärungskraft unterschiedlicher theoretischer Ansätze mit Bezug auf die empirisch untersuchten Gegenstandsbereiche prüfen und womöglich verbessern sollten. In ihren eigenen Beiträgen aus dem vergangenen Jahrzehnt demonstriert Mayntz eben diese empirisch-theoretische Doppelorientierung, wobei sie zunächst - rollengerecht - die theoretische Exploration stärker akzentuierte als die eigene empirische Arbeit.

Ein erster Höhepunkt war der gemeinsam mit Birgitta Nedelmann verfaßte Aufsatz über "Eigendynamische soziale Prozesse" (1987), der den schon in die Alltagssprache der Politik abgeglittenen Gegenbegriff zu "Plan- und Steuerbarkeit" in doppelter Weise schärfer faßt und damit sozialwissenschaftlich verwendbar macht. Danach setzt Eigendynamik zirkuläre Verursachung voraus, positiven feedback, durch den die Wirkungen die Ursache wiederum verstärken. Solche Phänomene stoßen seit einiger Zeit auch in den Naturwissenschaften auf theoretisches Interesse. Für soziale Sachverhalte freilich, die durch das Handeln von Akteuren bestimmt werden, kann von zirkulärer Kausalität nur dann die Rede sein, wenn gezeigt werden kann, daß und wie die den Prozeß tragenden Handlungsmotive angebbarer Akteure durch den Prozeß selbst erzeugt werden. Beispiele dafür lassen sich in der sozialwissenschaftlichen Literatur durchaus finden - insbesondere in Situationen, in denen ambivalente Handlungsorientierungen oder widersprüchliche Normen institutionalisiert sind. Da diese Voraussetzungen mit zunehmender sozialer Differenzierung häufiger werden, ist die Moderne in der Tat nicht nur durch eigendynamische Auf- und Abwärtsspiralen, sondern auch durch zyklische Schwankungen - rastlose Bewegung ohne Fortschritt - charakterisiert. Mit dem Konzept der Eigendynamik läßt sich deshalb das ungeplante Entstehen strukturierter Prozesse besser erklären als mit den von der sozialwissenschaftlichen Theorie bevorzugten Konzepten der absichtsvollen oder normgesteuerten Ordnungsbildung - freilich nur dann, wenn auch dabei "systematisch aus der Akteursperspektive argumentiert wird" (1987, 667).

Vertieft wurde das gleiche Thema in dem Aufsatz über "Soziale Diskontinuitäten: Erscheinungsformen und Ursachen" (1988), der zwar anknüpft an neuere naturwissenschaftliche Konzepte wie Autopoiesis, dissipative Strukturen oder Katastrophen- und Chaostheorie, sich aber dann auf die Diskussion sozialer Diskontinuitäten und ihrer so-

zialwissenschaftlichen Erklärung konzentriert. Gemeint sind plötzliche Zustandsänderungen, insbesondere der Übergang von Ordnung zu Unordnung und umgekehrt. Obwohl die makrosoziologische Theorie bisher eher nach den Bedingungen der Systemerhaltung gefragt hat, steigt das theoretische Interesse,

"weil Sozialwissenschaftler in einer anscheinend katastrophenträchtigen Situation der Weltgesellschaft nach geeigneten begrifflichen und theoretischen Instrumenten suchen, um die Mechanismen drohender Zusammenbrüche verstehen zu können, ehe es für Lernprozesse vielleicht zu spät ist" (1988, 18).

Während aber in den naturwissenschaftlichen Modellen "Nullzeitsprünge" ebensogut ordnungsbildend wie ordnungszerstörend wirken können, gehört es zu den Besonderheiten der sozialen Welt, daß Ordnungszustände nur in langwierigen Prozessen entstehen, aber sehr schnell zusammenbrechen können. Wenn dies geschieht, werden die bei graduellen Veränderungen möglichen Lernprozesse blockiert. Die unmittelbare Folge des plötzlichen Zusammenbruchs einer Ordnung ist eine Periode der Turbulenz, der vorübergehenden Gestaltlosigkeit, in der soziale Abläufe erratisch werden. Die weitere Entwicklung kann dann durch zufällige Ereignisse in ganz unterschiedliche Richtungen gelenkt werden. Die Ursache des Zusammenbruchs muß auch nicht immer in äußeren Einwirkungen liegen. "Soziale Systeme sind dauernd internen wie externen Störungen ausgesetzt... Systemzusammenbrüche finden nur statt, wenn angesichts potentiell disruptiver Störungen die Strategien oder Mechanismen der Störungsverhinderung, Störungskompensation und Systemanpassung versagen" (1988, 29).

Ordnungen können also deshalb zusammenbrechen, weil bestimmte Hemmungsfaktoren oder Mechanismen der sozialen Kontrolle sich abgeschwächt haben, oder weil kritische Schwellenwerte über- oder unterschritten würden. Andere Verlaufsformen beginnen mit dem Wegfall eines (für sich genommen vielleicht unscheinbaren) Elements aus einer Konstellation sich wechselseitig stützender Institutionen, mit unbemerkten Veränderungen in der Systemumwelt, oder schließlich mit dem zufälligen Zusammentreffen der von separaten Kausalketten hervorgebrachten Ereignisse. Kurz: Obwohl die soziale Welt geprägt ist "von dem Jahrtausende währenden Wechselspiel zwischen ungeplanten Prozessen und den Versuchen ihrer Bewältigung" (1988, 35) wird die Theoriebildung erschwert durch die unaufhebbare Historizität sozialer Ordnungen. Phasensprünge können deshalb kaum je vorhergesagt werden - aber die theorieorientierte Sozialwissenschaft sollte doch in der Lage sein, sie wenigstens nachträglich zu erklären.

Die hier nur am Rande behandelte Beziehung zwischen naturwissenschaftlicher und sozialwissenschaftlicher Theoriebildung stand dann im Mittelpunkt des späteren Referats über "The Influence of Natural Science Theories on Contemporary Social Science" (1992). Es bietet zunächst einen informationsreichen Überblick über die für die Sozialwissenschaften überhaupt interessanten neueren Entwicklungen in der Mathematik und den Naturwissenschaften - Nichtlineare Dynamik, Katastrophentheorie und Deterministisches Chaos, Selbstorganisation und Autopoiesis, Evolution und Ökologie. Trotz der Warnung vor den weithin üblichen metaphorischen Anleihen, die lediglich zu semantischen Innovationen in den Sozialwissenschaften führen können,

betont die Autorin durchaus den Nutzen einer grenzüberschreitenden theoretischen Neugier. Freilich sind die Möglichkeiten eines direkten - also Isomorphie voraussetzenden - Theorietransfers eng begrenzt durch die für die Naturwissenschaften charakteristische Grundannahme invarianter Elemente. Angesichts der menschlichen Fähigkeit zur Reflexion und zu selbstveränderndem Lernen sind diese Voraussetzungen im sozialen Bereich nur selten erfüllt - etwa bei bestimmten Arten von spontanem Massenverhalten. Empirisch beobachtbare Regelmäßigkeiten lassen sich also kaum aus einer invarianten menschlichen Natur ableiten, sondern müssen zum überwiegenden Teil der Wirkung sozialer Institutionen zugeschrieben werden. Aber auch wo der direkte Theorietransfer nicht zulässig wäre, können naturwissenschaftliche Modelle die sozialwissenschaftliche Theoriebildung befruchten. Voraussetzung dafür ist auf der einen Seite die Ablösung des naturwissenschaftlichen Modells von seinem konkreten Gegenstandsbereich durch einen Prozeß der schrittweisen Generalisierung und Abstraktion, und andererseits die sorgfältige Respezifikation des so gewonnenen abstrakten Modells im Hinblick auf die je besonderen Variablen und Geltungsbedingungen in sozialwissenschaftlichen Gegenstandsbereichen. Nur wo diese Respezifikation geleistet ist, kann es sinnvoll sein, auch in menschlichen Gesellschaften nach möglichen Anwendungen der Chaostheorie, der Theorie selbstorganisierender Systeme oder auch der Evolutionstheorie zu suchen - eine Voraussetzung, die gerade in den Spekulationen naturwissenschaftlicher Theoretiker über soziale Sachverhalte oft nicht beachtet wird.

Ein zweiter Zweig theoretischer Exploration wurde 1988 in dem ersten aus der Arbeit des MPIfG hervorgehenden Sammelband ("Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme") vorgestellt. Es geht hier darum, den potentiellen Beitrag der soziologischen Differenzierungstheorie zur Erklärung der unterschiedlichen Strukturen und Entwicklungswege verschiedener Teilsysteme zu bestimmen. Von Mayntz stammt die zusammen mit Bernd Rosewitz verfaßte historische Skizze zu "Ausdifferenzierung und Strukturwandel des deutschen Gesundheitssystems" und das Kapitel über die "Entwicklung technischer Infrastruktursysteme" (auf das wir noch zurückkommen werden). Vor allem hat sie in ihrem einleitenden Essay über "Funktionelle Teilsysteme in der Theorie sozialer Differenzierung" (1988a) einen differenzierungstheoretischen Bezugsrahmen entwickelt, der sich von systemtheoretischen Beschwörungen des immer Gleichen durch Kategorien unterscheidet, die empirische Variation erfassen und so auch die Chance eröffnen sollen, real unterschiedliche Grade der Verselbständigung und der Steuerungsresistenz zu identifizieren und zu erklären.

Zwar bleibt auch bei Mayntz das Spezifikum der funktionellen Differenzierung die sinnhafte Spezialisierung (d.h. Verengung, Intensivierung und Abkoppelung von Zusatzgesichtspunkten) bestimmter Handlungen und Interaktionen. Worauf es aber für Verselbständigungschancen und Steuerbarkeitsprobleme in erster Linie ankommt, ist der Grad der institutionellen Ausdifferenzierung. Es macht einen Unterschied, ob Ausdifferenzierung lediglich auf der Ebene sinnhafter Einzelhandlungen stattfindet, ob sich dauerhafte Funktionsrollen herausgebildet haben, oder ob die Funktion in darauf

spezialisierten Organisationen erfüllt wird. Und auch bei organisierter Funktionserfüllung gilt es theoretisch relevante Abstufungen zu unterscheiden, bis hin zu der Möglichkeit, daß korporative Akteure für das Funktionssystem im Ganzen Selbstregulierungskompetenzen nach innen und Interessenvertretungsbefugnisse nach außen beanspruchen. Mit anderen Worten: ebenso wie die Modellkonstruktionen der Eigendynamik und der mathematisch-naturwissenschaftlichen Theorien bei der Anwendung auf soziale Sachverhalte zunächst in akteurbezogene Aussagensysteme transformiert werden, übersetzt Mayntz auch die systembezogenen Theoreme der makrosoziologischen Differenzierungstheorie in Aussagen über Verhalten und Strategien individueller und (vor allem) korporativer Akteure, um sie für die empirische Forschungs handhabbar und für die Erklärung realer Differenzen tauglich zu machen. Der bereits erwähnte Aufsatz über "Corporate Actors in Public Policy" (1986) kann deshalb auch als Schlüssel zu ihren übrigen theoretischen Arbeiten des letzten Jahrzehnts gelesen werden.

Eigendynamik, naturwissenschaftliche Modelle und Differenzierung sind theoretische Instrumente, die in erster Linie dazu dienen, Aspekte der ungesteuerten Dynamik moderner Gesellschaften zu beschreiben und zu erklären. Für Mayntz waren dies relativ neue wissenschaftliche Interessen, deren Attraktivität durch den Argumentationszusammenhang des Institutsprogramms, wenn nicht begründet so doch zumindest erhöht wurde. Steuerungstheoretische Fragestellungen gehörten allerdings schon seit den Untersuchungen zur Programmentwicklung in der Ministerialorganisation und zur Implementationsproblematik zu ihren Arbeitsgebieten. Freilich war es in den siebziger Jahren primär um die internen Bedingungen staatlicher *Steuerungsfähigkeit*, also um Organisation und Verfahren und Strategiefähigkeit der Steuerungsinstanzen und um die verfügbaren Steuerungsinstrumente gegangen, während nun durch den empirischen Bezug des Institutsprogramms auch die komplementären Bedingungen der *Steuerbarkeit* gesellschaftlicher Sektoren theoretische Aufmerksamkeit erforderten.

Der erste theoretische Zugriff auf das Thema (1987a) sollte das Konzept der "politischen Steuerung" im Rahmen eines handlungstheoretischen Ansatzes präzisieren. Im Ergebnis läuft dieser Definitionsversuch auf einen hierarchischen oder zumindest extrem asymmetrischen Steuerungs begriff hinaus, der ein handlungsfähiges Steuerungs subjekt mit einer expliziten Steuerungsintention einem Steuerungsobjekt mit System-eigenschaften gegenüberstellt, das zwar nicht selbst strategisch handeln, aber sich eigendynamisch verändern kann. Der Steuerungs begriff ist also enger als der Begriff der Handlungskoordination (der auch marktformige oder solidarische Koordinationsmechanismen einschließen würde), und er soll auch nicht auf Formen der adaptiven oder vereinbarten horizontalen Selbstkoordination zwischen gleichberechtigten Akteuren angewandt werden. Kollektive Selbststeuerung ist damit zwar nicht definitorisch ausgeschlossen, setzt aber die Existenz einer ausdifferenzierten Steuerungsinstanz im zu steuernden System voraus.

Während die Frage der Steuerungsfähigkeit des politisch-administrativen Systems und der Verfügbarkeit geeigneter Steuerungsinstrumente an dieser Stelle nicht weiter-

verfolgt wird,⁴ enthält der Aufsatz eine knappe Auseinandersetzung mit der soziologischen Systemtheorie, welche die Steuerbarkeit ausdifferenzierter, autopoietischer Funktionssysteme prinzipiell ausschließt. Mayntz sieht darin eine falsche Diagnose: da politische Steuerung in die selbstreproduktiven Prozesse allenfalls lenkend eingreifen, aber diese nicht ersetzen muß, ist die unbestrittene Steuerungsresistenz gesellschaftlicher Regelungsfelder nicht der selbstreferentiellen Geschlossenheit von Sinn-systemen zuzuschreiben, sondern den gewachsenen Machtressourcen und der kollektiven Handlungs- und damit auch Widerstandsfähigkeit hochgradig organisierter Akteure. Andererseits aber steigt mit dem Grad der Organisiertheit von Funktionssystemen auch deren Fähigkeit zur Selbststeuerung - und damit potentiell auch ihre Steuerbarkeit. Deshalb lassen sich "beim gegenwärtigen Stand der Theoriebildung" generelle Aussagen über die strukturellen Voraussetzungen der Steuerbarkeit eines sozialen Teilsystems noch nicht machen. "Hochgradig organisierte, lose vernetzte und stark fragmentierte Regelungsfelder stellen nicht nur verschiedene Steuerungsanforderungen; sie bieten auch ganz verschiedene Steuerungschancen" (1987a, 107).

Eben diese Fragen werden dann in dem Aufsatz über "Politische Steuerung und Reformblockaden" (1990) wieder aufgegriffen - diesmal auf der empirischen Grundlage einer Sekundärauswertung von (zumeist am MPIfG durchgeführten) historisch und international vergleichenden Untersuchungen im Sektor Gesundheitswesen. Entgegen den Erwartungen erweist sich hier die am Organisationsgrad und der Ressourcenverfügung gemessene Verbandsmacht nicht als die wichtigste Restriktion für politische Steuerbarkeit - wichtiger sind die aktuelle Gleichrichtung zwischen Ärzte- und Patienteninteressen (und damit die Resonanz in der Wählerschaft), der Konkurrenzdruck innerhalb der Ärzteschaft und die organisatorische Fragmentierung oder Geschlossenheit der Verbände von Leistungsanbietern und Nachfragern im Gesundheitswesen. Ebenso bedeutsam sind jedoch Regierungskoalitionen, föderale Strukturen und andere Besonderheiten der jeweiligen "institutionellen Einfallstore für die Vetomacht von Verbänden" innerhalb des politisch-administrativen Systems. Kurz: Mit der zunehmenden organisatorischen Differenzierung und Interdependenz auf staatlicher wie auf gesellschaftlicher Seite wird die in dem früheren Aufsatz postulierte klare Unterscheidung zwischen Steuerungssubjekt und Steuerungsobjekt problematisch. Über das Schicksal von Steuerungsversuchen entscheiden (handlungsfähige) Koalitionen von Reformbefürwortern und Reformgegnern, an denen jeweils Akteure sowohl aus dem politisch-administrativen als auch aus dem Gesundheitssystem beteiligt sind. Anders als in den von der Neokorporatismus-Theorie beschriebenen Entscheidungsstrukturen gibt es hier typischerweise nicht stabile Beziehungen zwischen wenigen Monopolorganisationen, an denen der Staat als unitarischer Akteur beteiligt ist. Für den Gesundheitssektor charakteristisch sind vielmehr offenere und heterogenere Politiknetzwerke, in denen wechselnde Koalitionen von Reformbefürwortern und Gegnern sich aus gegebenem Anlaß und auf der Grundlage selektiv aktivierter Interessen bilden können.

4 Zur Wahl von Steuerungsinstrumenten vgl. den an die früheren Arbeiten zur Implementations-theorie anknüpfenden Aufsatz über "Political Intentions and Legal Measures: The Determinants of Policy Decisions" (1988b).

An die Stelle der kategorialen Unterscheidung zwischen handlungsfähigem Steuerungssubjekt und systemischem Steuerungsobjekt ist damit also die Frage nach der Funktionsweise und Steuerungsleistung von Politiknetzwerken getreten. Sie ist auch Thema eines von Bernd Marin und Mayntz gemeinsam herausgegebenen Konferenzbandes, in dem Strukturen und Funktionsweisen solcher Netzwerke in einer ganzen Reihe unterschiedlicher Regelungsfelder in Beiträgen aus der Arbeit des MPIfG und aus der politikwissenschaftlichen Netzwerkforschung im In- und Ausland dargestellt werden (1991).

In Ergänzung der empirischen Bestandsaufnahme wendet sich das Referat über "Modernisierung und die Logik von interorganisatorischen Netzwerken" (1992a) wieder der theoretisch vertiefenden Analyse zu. Ausgangspunkt ist einerseits die zunehmende faktische Bedeutung interorganisatorischer Netzwerke in Wirtschaft, Politik und technischer Infrastruktur, andererseits die aus dem Differenzierungsaufsatz bekannte These, daß funktionelle Teilsysteme höhere Grade der Autonomie nur durch höhere Organisiertheit gewinnen können. Zusammengenommen führt dies zu der quasi-funktionalistischen Vermutung, daß im Vergleich zu anderen möglichen Formen der Sektor-Organisation lose gekoppelte Netzwerke charakteristische Vorteile aufweisen könnten. Anders als rein marktförmig verfaßte Sektoren können sie externe Effekte internalisieren, und anders als hierarchisch gesteuerte Funktionsbereiche vermeiden sie die Unterwerfung aller anderen Akteure unter die Ziele und Situationsdeutungen einer einzigen Zentralinstanz. Damit diese Vorteile realisiert werden können, sind Netzwerke freilich auf die Ausbildung einer spezifischen Interaktionslogik angewiesen. Diese kann nicht das auf die Maximierung individueller Vorteile in Austauschbeziehungen gerichtete "Bargaining" sein, das bei allfälligen Interessengegensätzen zur wechselseitigen Blockade oder zum Abbruch der Beziehung führen müßte. Vorteilhaft ist dagegen eine "Verhandlungslogik", bei der die Partner trotz divergierender Interessen ein gemeinsames Ergebnis anstreben, das für sie einen eigenen Wert darstellt, der über die möglichen Auswirkungen für die Verwirklichung der Eigeninteressen hinausgeht (1992a, 26).

Die Voraussetzungen für die Entwicklung einer stabilen Verhandlungslogik ist nur in Netzwerken gegeben, die sich per definitionem aus einer beschränkten Zahl autonomer Akteure zusammensetzen. Große Gruppen können kollektiv rationale Entscheidungen nicht durch direkte Interaktion, sondern allenfalls durch Abstimmung erreichen, während in Dyaden schon geringe Machtunterschiede zu stabiler, asymmetrischer Dependenz führen. In pluralen Systemen dagegen ist die Gefahr der Hierarchisierung gering, da sich ohne Schwierigkeiten Koalitionen bilden können, um der überlegenen Macht eines jeden Einzelakteurs zu begegnen. Die Stabilität von Verhandlungssystemen wird unterstützt durch Regeln über fairen Austausch, gerechte Verteilung oder Reziprozität, die bei der Definition von annehmbaren Kompromissen behilflich sein können. Ebenso wichtig ist ein institutioneller Grundkonsens über die wechselseitig akzeptierten organisatorischen Identitäten, Kompetenzen und Interessensphären. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, so akzeptieren die Beteiligten auch Beschränkungen der eigenen Handlungsfreiheit, die ihnen durch die Rücksichtnahme auf die möglicherweise divergierenden Interessen der Netzwerk-Partner auferlegt werden.

Freilich läßt sich, so wird man hinzufügen, aus der bloßen Verhandlungslogik die Bereitschaft zur Vermeidung von negativen Externalitäten nur dann herleiten, wenn die Beteiligten voneinander auch in Zukunft wichtige Leistungen erwarten - sei es in Austauschbeziehungen, sei es in der gemeinsamen Anstrengung für ein von allen angestrebtes Ergebnis. Ein normativ anspruchsvollerer Maßstab bestimmt dagegen den Aufsatz über "Interessenverbände und Gemeinwohl" aus der von Mayntz organisierten Verbändestudie der Bertelsmann Stiftung (1992b). Hier wendet sie sich gerade gegen die Gleichsetzung des Gemeinwohlbegriffs mit der Rücksichtnahme auf die Partikularinteressen anderer Gruppen (wie sie in Verhandlungs-Netzwerken zu erwarten wäre), auch wenn sie immerhin konzidiert, daß der Übergang zur "Berücksichtigung von Interessen, die auf der Grundlage systemweit geltender Werte... bestimmt werden und ohne weiteres als Aspekte des gemeinsamen Wohls gelten können", fließend sei (1992b, 20). Trotzdem scheint ihr die Wahrscheinlichkeit gering, daß Verbände von sich aus das Handeln ihrer Mitglieder aus der Systemperspektive betrachten könnten. Typischerweise sind sie nur unter Druck oder im Tausch bereit, Verhaltensnormen zu akzeptieren, die den Mitgliedern Einschränkungen oder Konzessionen bei der Verfolgung ihrer unmittelbaren Interessen abverlangen. Besser sind die Aussichten jedoch immer dann, wenn der einzelne Verband in ein ganzes Netzwerk von Akteuren eingebunden ist - insbesondere, wenn darin neben den organisierten Leistungsanbietern und Abnehmern auch die betroffenen Dritten repräsentiert sind und/oder wenn der Staat daran als ein wichtiger Verhandlungspartner beteiligt ist.

Die Hoffnung auf gesellschaftliche Selbstregelung unter Mitwirkung von Verbänden bleibt also prekär. Sie ist möglich, aber die Bedingungen, unter denen sie "aus der Systemperspektive" befriedigend funktionieren könnten, bleiben den Verhandlungssystemen der organisierten Sektoren exogen und müssen in der Regel durch den Staat geschaffen oder unterstützt werden. Auch wenn also die strikte Entgegensetzung von staatlichem Steuerungssubjekt und gesellschaftlichen Steuerungsobjekten einer empirischen Überprüfung nicht mehr standhält, besteht weiterhin gesellschaftlicher Steuerungsbedarf, der nur vom politisch-administrativen System erfüllt werden kann, und ebenso besteht weiterhin ein Bedarf an empirisch fundierter sozialwissenschaftlicher Steuerungstheorie, der nicht allein von den Entstaatlichungs- und Deregulierungspostulaten der Ökonomen gedeckt werden kann.⁵

Das dritte große Thema, das Mayntz mit dem neuen Institut in Angriff nahm, ist die Arbeit an einer sozialwissenschaftlichen Theorie großer technischer Infrastruktursysteme. Im Forschungsprogramm des MPIfG konzentrieren sich die empirischen Untersuchungen bisher auf die Entwicklung von Telekommunikationssystemen (Telefon,

5 Ebenfalls in den steuerungstheoretischen Kontext gehören zwei Aufsätze zum Verhältnis zwischen staatlicher Steuerung und der Autonomie des Forschungssystems. Während die eine in erster Linie Fragen der Steuerbarkeit der wissenschaftlichen Forschung problematisiert (1990a), zeigt die andere, daß im internationalen Vergleich die Autonomie der Grundlagenforschung gegenüber staatlichen Steuerungsinterventionen in der Bundesrepublik weit besser gesichert ist als in vergleichbaren Industrieländern - und zwar aus Gründen, die kaum etwas mit der angeblichen Steuerungsresistenz des "autopoietischen" Wissenschaftssystems und sehr viel mit den charakteristischen Beschränkungen der staatlichen Steuerungsfähigkeit im bundesdeutschen Föderalismus zu tun haben (1992c).

Bildschirmtext, Breitband-Kommunikation) und der Flugsicherung. Der von ihr zusammen mit Thomas P. Hughes herausgegebene Konferenzband über "The Development of Large Technical Systems" (1988c) zeigt aber, daß das theoretische Interesse darüber hinaus mindestens noch die Eisenbahn, den Luftverkehr und die Energieversorgung einschließt.

In ihrem Beitrag "Zur Entwicklung technischer Infrastruktursysteme" in dem schon erwähnten Sammelband über "Differenzierung und Verselbständigung" behandelte Mayntz die Schwierigkeiten, die von einer über das Historisch-Deskriptive hinausgehenden sozialwissenschaftlichen Theorie großtechnischer Systeme noch überwunden werden müßten (1988d). Die makrosoziologische Differenzierungstheorie, die sich auf rein soziale Systeme beschränkt, zählt die modernen Verkehrs-, Kommunikations- und Versorgungssysteme nicht zu den funktionellen Teilsystemen der Gesellschaft, obwohl viele von deren Merkmalen gegeben sind - so die Erfüllung einer spezifischen gesellschaftlichen Funktion, die Orientierung der Akteure an spezifischen Bezugsproblemen, die Ausdifferenzierung einer eigenen Wissensbasis und spezieller Normen, die Ausbildung spezialisierter Berufsgruppen und untereinander vernetzter großer Organisationen. Aber aus der Sicht der Differenzierungstheorie erscheint die technische Seite solcher Systeme allenfalls als ein exogener Einflußfaktor.⁶ Umgekehrt behandelt der "sozio-technische" Ansatz die großen technischen Systeme als miteinander verzahnte und aufeinander funktional bezogene Ketten und Hierarchien von Artefakten. In diesen erscheinen Individuen und soziale Gruppen dann nur als eine unter mehreren Arten von Komponenten, während soziale Beziehungen lediglich als eine unter mehreren Formen der Verkettung gesehen werden. Beide Ansätze verfehlen die unterschiedlichen Muster des Ineinandergreifens spezifisch technischer und spezifisch sozialer Mechanismen. Zugleich verfehlen sie auch den Prozeßcharakter der Entwicklung großtechnischer Systeme von der Erfindung/Innovation über eine Wachstums- und Konsolidierungsphase bis zur Stasis und möglichem Niedergang - Aspekte, die Mayntz noch genauer herausarbeitet in ihrem anlässlich der Verleihung des Arthur-Burckhardt-Preises vorgetragenen Referat über "Technikentwicklung zwischen Sachzwang, Markt und Politik" (1991a).

Auf dem Weg von der Grundlagenforschung bis zur Nutzung eines konkreten Artefakts stellt sich Technikentwicklung als ein mehrstufiger Selektionsprozeß dar - "ein Prozeß, bei dem gewissermaßen an mehreren Stellen Verzweigungspunkte auftreten. An diesen Verzweigungspunkten bestimmen ökonomisch, politisch und kulturell bestimmte Entscheidungen, in welche der möglichen Richtungen die Entwicklung tatsächlich weiterläuft" - wobei jedoch in unterschiedlichen Phasen unterschiedliche Einflußfaktoren in den Vordergrund treten. So bestimmt etwa die Grundlagenforschung den Möglichkeitsraum oder den "technology pool", welcher der Entwicklung jeweils quasi-objektive Grenzen setzt - aber Forschung und Entwicklung ihrerseits werden auch vorangetrieben durch die in der Praxis auftretenden technischen Engpässe ("reverse salients"). Andererseits ist die Erklärungskraft einer artikulationsfähigen und zahlungskräftigen Nachfrage in der Anfangsphase der Technikentwicklung am geringsten,

6 In ihrem Referat auf dem Düsseldorfer Soziologentag 1992 bringt Mayntz die Verdrängung der Technik aus der soziologischen Systemtheorie auch mit deren Machtblindheit in Verbindung (1993).

während hier kulturelle Faktoren in der Form ingenieurwissenschaftlicher Konstruktionstraditionen und überlieferter "Regeln der Kunst" eine erhebliche Rolle spielen können. Auch die Entstehung neuer großtechnischer Systeme aus einer Kombination mehrerer technischer Innovationen wird eher durch "kreative, von einer Vision getriebene Individuen" bestimmt, die sich dabei bestenfalls an ihren eigenen, spekulativen Nutzenerwartungen (die sich später oft nicht bestätigt haben) orientieren, nicht jedoch an einer artikulierten Nachfrage (die typischerweise durch vorhandene Einrichtungen befriedigt wird). Erst wenn die Technikentwicklung ein Stadium erreicht hat, in dem künftige Anwender die eigenen Interessen artikulieren können, gewinnt die (private, öffentliche und durch staatliche Regelungen induzierte) Nachfrage für die weitere Entwicklung entscheidende Bedeutung.

Ihren jüngsten Arbeitsschwerpunkt schließlich hatte Mayntz keineswegs eingeplant. Wie viele andere Kollegen fand sie sich nach dem Fall der Mauer unter einer Überlast von Evaluierungs-, Beratungs- und Gründungsaufgaben für den Wissenschaftsrat, die Max-Planck-Gesellschaft und den Senat von Berlin, durch die viele andere Forschungspläne verdrängt wurden. Charakteristischerweise wich sie diesen Anforderungen nicht aus, sondern machte aus der Not der unendlichen Sitzungen die Tugend der teilnehmenden Beobachtung. Ihr wichtigstes Forschungsthema seit 1990 ist deshalb der Umbau des Systems der außeruniversitären Forschung der DDR, und insbesondere der Prozeß, der zur Auflösung der Akademie der Wissenschaften (AdW) als großer, zentralisierter Forschungsorganisation führte.

Der erste veröffentlichte Aufsatz (1992d) untersucht, wie die westdeutsche Seite in den Verhandlungen über den Einigungsvertrag sich auf die Auflösung der AdW als Forschungsorganisation einigen und diese Lösung auch gegenüber den DDR-Partnern durchsetzen konnte.⁷ Er beginnt mit der theoretischen Frage nach den Bedingungen, unter denen externe Schocks entweder zu institutionellen Innovationen oder zu einer Bekräftigung des institutionellen Status quo führen. Das bundesdeutsche System der staatlich geförderten Forschung befand sich zwar, wie frühere Untersuchungen im MPIfG gezeigt hatten, seit 1975 in einem institutionellen Gleichgewicht; unklar blieb aber, ob es sich dabei lediglich um einen - mangels besserer Optionen allseits hingegenommenen - *modus vivendi* handelte, oder aber um einen "institutionellen Konsens", d.h. ein normativ bejahtes Muster der Arbeitsteilung und der gegenseitigen Domänenabgrenzung. Mayntz sieht im Verlauf der Ereignisse eine Bestätigung der zweiten Interpretation.

Der Prozeß der deutschen Einigung bot vielfältige Möglichkeiten für eine Revision des (westdeutschen) institutionellen Status quo, die allesamt nicht genutzt wurden. Objektiv hätten sich für die Zukunft der AdW aus ihrer Sicht mindestens drei Optionen realisieren lassen - nämlich die Erhaltung der AdW als zentralstaatliche Einrichtung, ihre Transformation in eine eigenständige Bund-Länder-Einrichtung nach dem Muster der (und in Konkurrenz zu den) großen westdeutschen Forschungsorganisationen, oder ihre Auflösung mit dem Ziel der "Einpassung" ihrer Bestandteile (nach Evaluierung

7 Die gleiche Frage wird auch, mit noch schärferer analytischer Akzentuierung, in einem englischen Konferenzbeitrag (1993a) behandelt.

durch den westdeutschen Wissenschaftsrat) in das westdeutsche Muster von universitärer und außeruniversitärer Forschung.

Insbesondere das Bundesministerium für Forschung und Technologie, das als alleiniger Verhandlungsführer auf der westdeutschen Seite auftrat, hätte bei der ersten (und wohl auch bei der zweiten) Option seinen Kompetenzbereich erheblich ausweiten können; die westdeutschen Länder mußten die erste Option ablehnen, hätten aber gegen die zweite aus institutionellem Eigeninteresse keine Einwände erheben müssen. Für die westdeutschen Wissenschaftsorganisationen dagegen waren sowohl die erste wie die zweite Option höchst unattraktiv; sie waren aber an den Verhandlungen nicht unmittelbar beteiligt. Andererseits hätten sie bei der dritten Option durchaus auch die Chance gehabt, ihre Domänen erheblich auszuweiten. Im Ergebnis blieben jedoch alle diese Veränderungschancen ungenutzt. Das BMFT hielt sich an den früher erzielten institutionellen Konsens und die westdeutschen Forschungsorganisationen orientierten sich so eng an ihrer bisherigen institutionellen Identität und nutzten ihre Expansionschancen so wenig, daß nach der Auflösung der AdW ein großer Restbestand von (positiv evaluierten) außeruniversitären Einrichtungen verblieb, welcher der nicht über eine "corporate identity" verfügenden Residualkategorie von "Blaue-Liste-Instituten" zugeschlagen werden mußte.

Die komplementäre Frage, weshalb auch die ostdeutsche Seite in den Einigungsverhandlungen bereit war, die Auflösung der Akademie als Forschungsorganisation zu akzeptieren, ist Gegenstand eines weiteren Aufsatzes (1992e). Er sucht die Erklärung nicht in erster Linie im Übergewicht der westdeutschen Verhandlungsposition unter den Bedingungen des Beitrittsantrags gemäß Art. 23 Grundgesetz (obwohl dieser Faktor nicht ignoriert wird), sondern in der faktischen Abwesenheit der AdW von den Verhandlungen. Diese war in der Frühphase des Einigungsprozesses mit diskussionsaufwendigen inneren Reformen auf allen Organisationsebenen befaßt, die aber nicht rasch genug zur Einsetzung einer politisch nicht diskreditierten neuen Leitung führten. Das Ergebnis war eine erhebliche Distanz zu der letzten DDR-Regierung, welche die Verhandlungen führte. Überdies war man mit den institutionellen Strukturen des westdeutschen Forschungssystems so wenig vertraut, daß die absehbare westdeutsche Verhandlungslinie und ihre Unvereinbarkeit mit dem eigenen Überlebensinteresse nicht früh genug erkannt wurde. So kam es, daß das DDR-Ministerium für Forschung und Technologie als unmittelbarer Verhandlungspartner des BMFT die Auflösung der AdW bereits hingenommen hatte, ehe deren neuer Präsident in der Spätphase der Verhandlungen zum ersten Mal Gelegenheit erhielt, Gegenargumente vorzutragen, auf die nun niemand mehr hören wollte.

Gemeinsames Thema beider Darstellungen ist die Relativierung zweckrational-interessenbezogener Erklärungen. Während im Westen einflußreiche Akteure aus Rücksicht auf einen normativ aufgewerteten institutionellen Konsens auf die Maximierung ihrer institutionellen Eigeninteressen verzichteten, waren im Osten die hauptbetroffenen individuellen und korporativen Akteure nicht in der Lage, ihr institutionelles Eigeninteresse situationsgemäß zu definieren und in effektive Strategien umzusetzen. Zumindest in instabilen, sich rasch verändernden Handlungskonstellationen gewinnen also kognitive und normative Handlungsorientierungen eine gegenüber der

"objektiven" Interessenkonstellation eigenständige Bedeutung als Erklärungsfaktoren. Diese beiden theoretischen Leitfragen werden in der aus der Untersuchung hervorgehenden Buchveröffentlichung (1994) in genauer Rekonstruktion der differenzierten und vernetzten historischen Abläufe in der Transformation des ostdeutschen Forschungssystems bearbeitet. Mayntz (1983; 1985b) hatte die Synthese von "historisch gesättigten empirischen Studien" und theoretisch generalisierender Interpretation gefordert. In ihrer Untersuchung zur Transformation des ostdeutschen Forschungssystems wird dieses überaus anspruchsvolle empirisch-theoretische Programm in exemplarischer Weise verwirklicht.

ZITIERTE SCHRIFTEN VON RENATE MAYNTZ

- (1954). Die Bindung der Bevölkerung an die Institution der Kirche. Veröffentlicht unter dem Mädchennamen in: Gerhard Wurzbacher unter Mitarbeit von Renate Pflaum, Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung. 2. Aufl. Stuttgart: Enke 1961, 183-231.
- (1955a). Die moderne Familie. Stuttgart: Enke.
- (1955b). Lokale Parteigruppen in der kleinen Gemeinde. Zeitschrift für Politik 2: 59-74.
- *mit Howard V. Perlmutter* (1956). Einige Versuchsergebnisse zum Problem der Vorstellungsbildung und Interpretation von Kommunikationen. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 8: 292-320.
- (1958a). Die soziale Organisation des Industriebetriebes. Stuttgart: Enke (Nachdruck 1966).
- (1958b). Soziale Schichtung und sozialer Wandel in einer Industriegemeinde. Eine soziologische Untersuchung der Stadt Euskirchen. Stuttgart: Enke.
- (1959). Parteigruppen in der Großstadt. Köln und Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (1961a). Soziologie in der Eremitage? Kritische Bemerkungen zum Vorwurf des Konservatismus der Soziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 13: 110-125.
- (1961b). Kritische Bemerkungen zur funktionalistischen Schichtungstheorie. In: David Glass und René König (Hg.), Soziale Schichtung und soziale Mobilität. Köln und Opladen: Westdeutscher Verlag, 10-28.
- (1963). Soziologie der Organisation. Reinbek: Rowohlt.
- (1964a). On the Use of the Equilibrium Concept in Social System Analysis. In: Transactions of the Fifth World Congress of Sociology IV, 133-153.
- (1964b). The Study of Organizations. Current Sociology 13: 95-155.
- (1965a). Anwendung der Kybernetik in der Soziologie. In: Helmar Frank (Hg.), Kybernetische Maschinen. Frankfurt: S. Fischer, 379-385.

- (1965b). Max Webers Idealtypus der Bürokratie und die Organisationssoziologie. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 17: 493-502.
- (1965c). Bericht über die Verhandlungen zum Rahmenthema Bürokratie und Rationalität in Organisationen: Fachausschuß für Organisationssoziologie. In: Max Weber und die Soziologie heute, herausgegeben von Otto Stammer. Tübingen: Mohr, 247-263.
- (1966). Versuch eines Vergleichs. Nachwort. In: Robert Presthus, Individuum und Organisation - Typologie einer Anpassung. Frankfurt: Fischer.
- (1967). Formalisierte Modelle in der Soziologie. Herausgegeben und eingeleitet von Renate Mayntz, Neuwied: Luchterhand.
- (1968a). Georg Simmel. In: International Encyclopedia of the Social Sciences. Vol. 14. New York, 251-258.
- Hg. (1968b). Bürokratische Organisation. Köln und Berlin: Kiepenheuer und Witsch.
- (1968c). Germany: Radicals and Reformers. The Public Interest 13: 160-172.
- (1969a). Theodor Geiger on Social Order and Mass Society. Edited and with an introduction by Renate Mayntz. Chicago: Chicago University Press.
- (1969b). Zu einigen Fragen der Beziehung des Arztes zum Patienten. Hippokrates 40: 769-773.
- *mit Kurt Holm und Peter Hübner* (1969). Einführung in die Methoden der empirischen Soziologie. Opladen: Westdeutscher Verlag (3. Auflage 1972, 5. Auflage 1988).
- (1970a). Role Distance, Role Identification, and Amoral Role Behavior. Archives européennes de sociologie 11: 368-378.
- (1970b). The Nature and Genesis of Impersonality: Some Results of a Study on the Doctor-Patient Relationship. Social Research 37: 428-446.
- (1970c). Soziologen im Studium. Eine Untersuchung zur Entwicklung fachspezifischer Einstellungen bei Studenten. Stuttgart: Enke.
- *unter Mitarbeit von Hanfried Andersen, Horst Bosetzky und Christa Hopf* (1970). Forschungsbericht über eine organisationssoziologische Untersuchung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung (unveröffentlicht).
- (1971). Politische Planung und demokratische Beteiligung. Gutachten für die Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform beim Bundesminister des Innern (unveröffentlicht).
- (1972). Funktionen der Beteiligung bei öffentlicher Planung. In: Demokratie und Verwaltung - 25 Jahre Hochschule der Verwaltungswissenschaften Speyer. Schriftenreihe der Hochschule Speyer 50. Berlin, 341-353.
- *mit Fritz W. Scharpf unter Mitarbeit von Hanfried Andersen, Hans-Ulrich Derlien, Jobst Fiedler, Jürgen Kussau und Hubert Treiber* (1972). Programmentwicklung in der Ministerialorganisation. Gutachten für die Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform. Speyer und Konstanz (unveröffentlicht).
- *mit Fritz W. Scharpf*, Hg. (1973). Planungsorganisation. München: Piper.
- (1973). Die Funktionen des Beförderungssystems im öffentlichen Dienst. Die öffentliche Verwaltung 26: 149-153.

- *mit Niklas Luhmann unter Mitarbeit von Rainer Koch und Elmar Lange* (1973). Personal im öffentlichen Dienst. Eintritt und Karrieren. Baden-Baden: Nomos.
- *mit Fritz W. Scharpf* (1975). Policy-making in the German Federal Bureaucracy. Amsterdam: Elsevier.
- *und Mitarbeiter sowie Projektgruppe Regierungs- und Verwaltungsreform* (1975). Das Beratungswesen im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit. Untersuchungsbericht und Reformvorschläge. Köln und Bonn 1975 (unveröffentlicht).
- (1976). Staat und politische Organisation - Entwicklungslinien. In: M. Rainer Lepsius (Hg.), Zwischenbilanz der Soziologie - Verhandlungen des 17. Deutschen Soziologentages Kassel 1974. Stuttgart, 327-346.
- (1977a). Struktur und Leistung von Beratungsgremien - Ein Beitrag zur Kontingenztheorie der Organisation. Soziale Welt 28: 1-15.
- (1977b). Die Implementation politischer Programme - Theoretische Überlegungen zu einem neuen Forschungsgebiet. Die Verwaltung 10: 51-66.
- *unter Mitarbeit von Eberhard Bohne, Hans-Ulrich Derlien, Beate Hesse, Jochen Hucke und Axel Müller* (1978). Vollzugsprobleme der Umweltpolitik - Empirische Untersuchung der Implementation von Gesetzen im Bereich der Luftreinhaltung und des Gewässerschutzes. Materialien zur Umweltforschung, herausgegeben vom Rat der Sachverständigen für Umweltfragen. Stuttgart: Kohlhammer.
- (1978a). Intergovernmental Implementation of Environmental Policy. In: Kenneth Hanf und Fritz W. Scharpf (Hg.), Interorganizational Policy-Making - Limits of Coordination and Central Control. Modern Politics Series. Vol. 1. London, 201-214.
- (1978b). Soziologie der öffentlichen Verwaltung. Heidelberg und Karlsruhe: C.F. Müller.
- *mit Hans-Ulrich Derlien* (1979). Die Organisation der gesetzlichen Krankenversicherung - eine strukturell-funktionale Problemstudie. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung "Gesundheitsforschung". Bd. 17. Bonn: Bundesministerium für Arbeit und Sozialforschung.
- (1979). Public Bureaucracies and Policy Implementations. International Social Science Journal 31: 633-645.
- Hg. (1980a). Implementation politischer Programme. Empirische Forschungsberichte. Königstein: Athenäum.
- (1980b). Executive Leadership in Germany - Dispersion of Power or "Kanzlerdemokratie"? In: Richard Rose und Ezra Suleiman (eds.), Presidents and Prime Ministers. London, 139-170.
- (1980c). Gesetzgebung und Bürokratisierung. Wissenschaftliche Auswertung der Anhörung zu Ursachen einer Bürokratisierung in der öffentlichen Verwaltung. Durchgeführt im Auftrag des Bundesministers des Innern (unveröffentlicht).
- Hg. (1981). Kommunale Wirtschaftsförderung - Ein Vergleich. Bundesrepublik Deutschland - Großbritannien. Stuttgart: Kohlhammer.
- *mit Jürgen Feick* (1982). Gesetzesflut und Bürokratiekritik: Das Problem der Überregelung im Spiegel der öffentlichen Meinung. Die Verwaltung 15: 281-299.

- mit Jürgen Feick, Lothar Klaes, Christa Lex und Rolf Seebach (1982). Regulative Politik und politisch-administrative Kultur - Ein Vergleich von fünf Ländern und vier Interventionsprogrammen. Forschungsbericht (unveröffentlicht).
- (1983). Überlegungen zum Forschungsprogramm eines Max-Planck-Instituts für soziologische Forschung. Auf Anfrage der Kommission "Förderung der Sozialwissenschaften" der Geisteswissenschaftlichen Sektion der Max-Planck-Gesellschaft entworfen (Manuskript).
- Hg. (1983a). Implementation politischer Programme II. Ansätze zur Theoriebildung. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (1983b). The Conditions of Effective Public Policy - A New Challenge for Policy Analysis. *Policy and Politics* 11: 123-145.
- (1983c). Politisierung der Bürokratie. In: Hans-Hermann Hartwich (Hg.), *Gesellschaftliche Probleme als Anstoß und Folge von Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 475-487.
- (1983d). Social Science Research about the Consequences of Modern Information Technologies. In: Norbert Szyperski and Erich Grochla (eds.), *Assessing the Impacts of Information Technology*. Braunschweig und Wiesbaden.
- mit Klaus Endler, Jürgen Feick, Wolfgang Klitzsch, Clemens Schuhmacher-Wolf, Ursula Siedenburg und Frank Sippel (1983). Informations- und Kommunikationstechnologien in der öffentlichen Verwaltung. Bd. 1, Anwendungsstand und Ansatzpunkte für informationstechnische Innovationen. GDM-Studien Nr. 75. St. Augustin: Asgard.
- mit B.-P. Lange, W.R. Langenbucher, W.B. Lerg, E.K. Scheuch, H. Treinen und H. Kromrey (1984). Wissenschaftliche Begleituntersuchung - Feldversuch Bildschirmtext Düsseldorf/Neuß: Abschlußbericht. Bd. 1 der 10-bändigen Reihe Bildschirmtext, herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.
- (1984a). German Federal Bureaucrats - A Functional Elite Between Politics and Administration. In: Ezra N. Suleiman (ed.), *The Role of Higher Civil Servants in Central Governments*. New York: Holmes & Meier, 174-205.
- (1984b). The Political Role of the Higher Civil Service in the German Federal Government. In: Bruce L.R. Smith (ed.), *The Higher Civil Service in Europe and Canada: Lessons for the United States*. Washington, D.C.: Brookings, 55-68.
- (1985). Forschungsmanagement - Steuerungsversuche zwischen Scylla und Charybdis. Probleme der Organisation und Leitung von hochschulfreien, öffentlich finanzierten Forschungsinstituten. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- (1985a). Über den begrenzten Nutzen methodologischer Regeln in der Sozialforschung. In: Wolfgang Bonß und Heinz Hartmann (Hg.), *Entzauberte Wissenschaft. Soziale Welt, Sonderband 3*. Göttingen: Schwartz, 65-76.
- (1985b). Die gesellschaftliche Dynamik als theoretische Herausforderung. In: Burkart Lutz (Hg.), *Verhandlungen des 22. Deutschen Soziologentages in Dortmund 1984*. Frankfurt/M.: Campus, 27-44.
- (1986). Corporate Actors in Public Policy: Changing Perspectives in Political Analysis. *Norsk Stasvitenskapelig Tidsskrift* 3: 7-25.

- mit *Birgitta Nedelmann* (1987). Eigendynamische soziale Prozesse. Anmerkungen zu einem analytischen Paradigma. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 39: 648-668.
- (1987a). Politische Steuerung und gesellschaftliche Steuerungsprobleme - Anmerkungen zu einem theoretischen Paradigma. In: *Jahrbuch zur Staats- und Verwaltungswissenschaft* 1. Baden-Baden: Nomos, 89-110.
- (1988). Soziale Diskontinuitäten: Erscheinungsformen und Ursachen. In: K. Hierholzer und H.G. Wittman (Hg.), *Phasensprünge und Stetigkeit in der natürlichen und kulturellen Welt*. Stuttgart: Wissenschaftliche Verlagsgesellschaft, 15-37.
- (1988a). Funktionelle Teilsysteme in der Theorie sozialer Differenzierung. In: Renate Mayntz, Bernd Rosewitz, Uwe Schimank und Rudolf Stichweh, *Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme*. Frankfurt/M.: Campus, 11-44.
- (1988b). Political Intentions and Legal Measures: The Determinants of Policy Decisions. In: Terence Daintith (ed.), *Law as an Instrument of Economic Policy: Comparative and Critical Approaches*. Berlin: de Gruyter, 56-71.
- mit *Thomas P. Hughes*, Hg. (1988c). *The Development of Large Technical Systems*. Frankfurt/M.: Campus.
- (1988d). Zur Entwicklung technischer Infrastruktursysteme. In: Renate Mayntz, Bernd Rosewitz, Uwe Schimank und Rudolf Stichweh, *Differenzierung und Verselbständigung. Zur Entwicklung gesellschaftlicher Teilsysteme*. Frankfurt/M.: Campus, 233-259.
- mit *Hans-Ulrich Derlien und Mitarbeitern* (1988e). CES II. Einstellungen der politisch-administrativen Elite des Bundes 1987. *Verwaltungswissenschaftliche Beiträge* Nr. 25. Bamberg: Universität Bamberg.
- mit *Hans-Ulrich Derlien* (1989). Party Patronage and Politicization of the West German Administrative Elite 1970-1987 - Toward Hybridization? *Governance* 2: 384-404.
- mit *Friedhelm Neidhardt* (1989a). *Parlamentskultur: Handlungsorientierungen von Bundestagsabgeordneten - eine empirisch explorative Studie*. *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 20: 370-387.
- (1990). Politische Steuerbarkeit und Reformblockaden: Überlegungen am Beispiel des Gesundheitswesens. *Staatswissenschaften und Staatspraxis* 1: 283-307.
- mit *Joel D. Aberbach, Hans-Ulrich Derlien und Bert A. Rockman* (1990a). American and West German Federal Executives - Technocratic and Political Attitudes. *International Social Science Journal* 123: 3-18.
- mit *Fritz W. Scharpf* (1990b). Chances and Problems in the Political Guidance of Research Systems. In: Helmar Krupp (Hg.), *Technikpolitik angesichts der Umweltkatastrophe*. Heidelberg: Physica, 61-83.
- mit *Bernd Marin*, Hg. (1991). *Policy Networks. Empirical Evidence and Theoretical Considerations*. Frankfurt/M.: Campus.
- (1991a). Technikentwicklung zwischen Sachzwang, Markt und Politik. *MPG-Spiegel* 3/91: 28-32.

- (1992). The Influence of Natural Science Theories on Contemporary Social Science. In: M. Dierkes and B. Biervert (eds.), *European Social Science in Transition*. Frankfurt/M.: Campus, 27-79.
- (1992a). Modernisierung und die Logik von interorganisatorischen Netzwerken. *Journal für Sozialforschung* 32: 19-32.
- (1992b). Interessenverbände und Gemeinwohl - Die Verbändestudie der Bertelsmann-Stiftung. In: Renate Mayntz (Hg.), *Verbände zwischen Mitgliederinteressen und Gemeinwohl*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung, 11-35.
- (1992c). Förderung und Unabhängigkeit der Grundlagenforschung im internationalen Vergleich. In: *Forscher und Forschungspolitik: Der Beitrag der Forscher zur forschungspolitischen Diskussion*. Max-Planck-Gesellschaft. Berichte und Mitteilungen. Heft 1/92, 109-126.
- (1992d). Die außeruniversitäre Forschung im Prozeß der deutschen Einigung. *Leviathan* 20: 64-82.
- (1992e). *Academy of Science in Crisis: A Case Study of Fruitless Coping Efforts*. Köln: MPIfG (Manuskript).
- (1993). Große technische Systeme und ihre gesellschaftstheoretische Bedeutung. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 45: 97-108.
- (1993a). Networks, Issues, and Games: Multiorganizational Interactions in the Restructuring of a National Research System. In: Fritz W. Scharpf (ed.), *Games in Hierarchies and Networks. Analytical and Empirical Approaches to the Study of Governance Institutions*. Frankfurt/M.: Campus, 189-209.
- (1994). *Deutsche Forschung im Einigungsprozeß*. Frankfurt/M.: Campus.

ZITIERTE SCHRIFTEN ANDERER AUTOREN

- Aberbach, Joel D., Robert D. Putnam, and Bert A. Rockman* (1981). *Bureaucrats and Politicians in Western Democracies*. Cambridge, MA: Harvard University Press.
- Adorno, Theodor W.* (1954). Bemerkungen über Statik und Dynamik in der Gesellschaft. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 8: 321-328.
- Adorno, Theodor W.* (1959). Zum gegenwärtigen Stand der deutschen Soziologie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 11: 257-280.
- Arendt, Hannah* (1963). *Eichmann in Jerusalem*. München: Piper.
- Baumert, Gerhard* (1954). *Deutsche Familien nach dem Kriege*. Darmstadt: Eduard Roether.
- Dahrendorf, Ralf* (1958a). Homo sociologicus: Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 10: 178-208, 345-378.
- Dahrendorf, Ralf* (1958b). Out of Utopia: Toward a Re-orientation of Sociological Analysis. *American Journal of Sociology* 64: 115-127.
- Dahrendorf, Ralf* (1959). Betrachtungen zu einigen Aspekten der gegenwärtigen Soziologie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 11: 132-153.

- Dahrendorf, Ralf* (1960). Die drei Soziologien. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 12: 120-132.
- Dahrendorf, Ralf* (1961). Über den Ursprung der Ungleichheit unter den Menschen. Tübingen: Mohr (Siebeck).
- Dreitzel, Hans-Peter* (1968). Die gesellschaftlichen Leiden und das Leiden an der Gesellschaft. Vorstudie zu einer Pathologie des Rollenverhaltens. Stuttgart: Enke.
- Geiger, Theodor* (1949). Klassengesellschaft im Schmelztiegel. Köln-Hagen: Kiepenheuer.
- Gerhardt, Uta* (1992). Soziale Schicht. In: Joachim Ritter und Karlfried Gründer (Hg.), *Handwörterbuch der Philosophie*. Bd. 8. Basel: Schwabe, 1262-1267.
- Gerhardt, Uta und Ekkehard Mochmann*, Hg. (1992): *Gesellschaftlicher Umbruch 1945-1990. Re-Demokratisierung und Lebensverhältnisse*. München: Oldenbourg.
- Handl, Johann, Karl Ulrich Mayer und Walter Müller* (1977). *Klassenlagen und Sozialstruktur*. Frankfurt: Campus.
- Hatt, Paul* (1950). Occupation and Social Stratification. *American Journal of Sociology* 55: 533-543.
- Inkeles, Alex und Peter Rossi* (1956). National Comparisons of Occupational Prestige. *American Journal of Sociology* 61: 329-339.
- König, René* (1946). *Materialien zur Soziologie der Familie*. 2. Aufl. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1973.
- Mayer, Karl Ulrich*, Hg. (1990). *Lebensverläufe und sozialer Wandel*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Merton, Robert M.* (1957). *Social Theory and Social Structure*. Glencoe/ILL: Free Press.
- Merton, Robert M., Alisa P. Gray, Barbara Hockey und Hanan C. Selvin*, Hg. (1952). *Reader in Bureaucracy*. New York: Free Press.
- Mills, C. Wright* (1959). *The Sociological Imagination*. New York: Oxford University Press.
- Musil, Robert* (1942). *Der Mann ohne Eigenschaften*. Hamburg: Rowohlt 1952.
- Pressman, Jeffrey L. und Aaron Wildavsky* (1973). *Implementation. How Great Expectations in Washington are Dashed in Oakland*. Berkeley: University of California Press.
- Scharpf, Fritz W., Bernd Reissert und Fritz Schnabel* (1976). *Politikverflechtung*. Kronberg, Ts.: Athenäum.
- Scheuch, Erwin und Dietrich Rueschemeyer* (1956). An Instrument to Measure Social Stratification in Germany. In: Supplement to the Transactions of the Third World Congress of Sociology, Changes in the Class Structure. London: International Sociological Association.
- Warner, W. Lloyd und Paul S. Lunt* (1941). *The Social Life of a Community*. New Haven: Yale University Press.
- Warner, W. Lloyd, Marchia Meeker und Kenneth Eells* (1949). *Social Class in America*. Chicago: Chicago University Press.

Wurzbacher, Gerhard (1951). *Das Dorf im Spannungsfeld industrieller Entwicklung*. Stuttgart: Enke. 2. Aufl. unter Mitarbeit von Renate Pflaum. Untersuchungen an den 45 Dörfern und Weilern einer westdeutschen ländlichen Gemeinde. Stuttgart: Enke 1954 (Nachdruck 1961).